

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Nummern
 jeils ober deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntabend, den 17. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Wahlrechtsbewegung in Schweden.

Der Reformvorschlag oder, wie unsere schwedischen Parteigenossen richtiger sagen, der „Putschvorschlag“ des Verfassungsänderungsausschusses, der die Grundlage der zur Zeit stattfindenden Reichstags-Verhandlungen bildet, würde eine Vermehrung der Zahl der Wahlberechtigten von 400 000 auf ca. 600 000 herbeiführen. Dann wären immer noch 500 000—600 000 mündige Männer vom Wahlrecht ausgeschlossen. Da Schweden ungefähr ein Zehntel der Einwohnerzahl Deutschlands zählt, so müßte ein allgemeines Wahlrecht entsprechend dem deutschen Reichstags-Wahlrecht dort ca. 1 100 000 Wahlberechtigte ergeben. (Es ist freilich für den deutschen Staatsbürger kein Grund zu besonderer Zufriedenheit hinsichtlich dieses Punktes vorhanden, da ja die Vorzüge des Reichstags-Wahlrechts durch die elenden Wahlssysteme der einzelnen Bundesstaaten wesentlich beeinträchtigt werden.) Um aber dem Einzug von Arbeitervertretern in das Parlament noch weitere Hindernisse in den Weg zu legen, verlangt der Konstitutionsänderungsausschuss, daß 92 in den industriellen Landstrichen gelegene Gemeinden zu den Städten gezählt werden. Dadurch würde erreicht werden, daß nicht mehr, wie jetzt, ein Abgeordneter auf 10 000 städtische Einwohner kommt, sondern erst auf 15 000; Stockholm würde statt seiner 22 nur 19 Sitze erhalten, Göteborg, Malmö, Gøtze würde je einen Sitz verlieren und die Landmannspartei, die Agriarier Schwedens, würden dafür gewinnen. Diese Absicht wird übrigens in der Motivierung, die der Verfassungsausschuss seinem Vorschlage beigegeben hat, sehr deutlich klargelegt. „Der Grundgedanke bei der Ausarbeitung des Vorschlages“, heißt es dort unter anderem: „war der, das Wahlrecht in so weiter Ausdehnung wie möglich denen zuzuwenden, für deren Teilnahme an den Wahlen zur zweiten Kammer hinreichende Gründe angeführt werden können; aber andererseits der, daß die Verfassungsbestimmungen über den Besitz und die Ausübung des Wahlrechts so formuliert werden, daß die Gruppen der Gesellschaft, die schon lange an öffentlichen Aufgaben teilgenommen haben und sich dadurch bedeutende Erfahrung und Einsicht verschafft haben, nicht mit einem Male bei den Reichstagswahlen durch andre Volksgruppen verdrängt werden, die verhältnismäßig noch wenig daran gewöhnt sind, sich mit den Angelegenheiten des Staates zu befassen. Mit Bezug hierauf hat der Ausschuss besonders dem vorzuziehen gesucht, daß die Repräsentanten der wichtigen Interessen der Landeigentümer nicht auf eine verschwindende Minorität der zweiten Kammer herabgedrückt werden, um Platz zu machen für eine überwiegende Majorität von Repräsentanten der sogenannten Arbeiterklasse.“

Unter den 13 sich reservierenden Mitgliedern des Verfassungsausschusses sind 3, die mit einigen Einschränkungen für das allgemeine Wahlrecht nach proportionalem System eintreten. Einer davon, ein Konservativer, war früher für das Rural-Wahlrecht, hat sich aber durch die Vorgänge in Belgien belehren lassen, daß hierdurch auch die Wahlrechtsbewegung nicht zur Ruhe kommen würde. Ein anderer giebt zur Motivierung seiner Reservation folgende Aufstellung über das Verhältnis der Zahl der Wahlberechtigten zur Bevölkerungsmenge in verschiedenen Ländern: In Frankreich sind 27,9 Proz., in der Schweiz 23,5, in Griechenland 23, in Spanien 22,4, in Belgien 21,5, in Deutschland 21,2, in Bulgarien 21,2, in Norwegen 19,9, in Dänemark 19,9, in Portugal 19, in Großbritannien 18,5, in Dänemark 16,4, in Serbien 16, in den Niederlanden 16, in Italien 7,1 (?), in Schweden 6,7, in Ungarn 5,4 Prozent Wahlberechtigte in der Bevölkerung. — Zwei der reservierenden Mitglieder des Ausschusses sind mit dem bestehenden Zustand ganz zufrieden und lehnen jede Änderung ab. — Daß das schwedische Volk, das im allgemeinen auf einer verhältnismäßig sehr hohen Bildungstufe steht, nicht damit zufrieden ist, daß es in staatsbürgerlicher Hinsicht nur noch von Ungarn übertroffen wird, ist selbstverständlich.

Die von den Arbeiterkommissionen einberufenen Versammlungen, die am Dienstag und dann am Mittwoch, am Vorabend der Arbeitsniederlegung, in Stockholm, sowie an vielen Orten des Landes stattgefunden, waren äußerst zahlreich besucht und von starkem Enthusiasmus getragen. Die Nachhaber in Stockholm schienen von besonderer Angst erfüllt zu sein und haben zu der 5000 Mann umfassenden Garnison und der 600 Mann betragenden Polizei noch mehr dem 1000 Mann Truppen herangezogen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, trotzdem die Arbeiterschaft Stockholms doch schon hinlänglich bewiesen hat, daß sie nicht einmal der Polizei bedarf, um in ihrer eigenen Ordnung zu halten.

Der Kommandant von Stockholm, General Ewen Lagerberg, hat sich auch durchaus mißbilligend über die Heranziehung der Karlsborger Truppen ausgesprochen, indem er meinte, die Arbeiter in Stockholm hätten bei ihrem Zuge durch die Stadt eine Disziplin an den Tag gelegt, wie er sie besser unter seinen Soldaten nicht habe. „Daß die Arbeiter ihrer Meinung Ausdruck geben, ist ihr verdammtes Recht“, erklärte General Ewen.

Der Korrespondent des „Bureau Laffan“ telegraphiert aus Stockholm: Der würdige Charakter des Generals macht großen Eindruck. Die Haltung der Streikenden ist ruhig und ordentlich. Rahezu alle Gewerke sind an dem Ausstande beteiligt. In den meisten Städten erscheinen keine Zeitungen. Von morgen ab wird Stockholm ohne Gas sein. Im hiesigen Hafen liegt der Schiffsverkehr völlig still, in einigen andren Häfen wird er jedoch aufrecht erhalten. Die meisten Fabriken sind geschlossen. Obgleich auch die Bäcker sich dem Streik angeschlossen haben, ist doch Brot für drei Tage vor-

handen. Die Garnison ist verstärkt worden, um das Parlaments- und andre öffentliche Gebäude zu schützen. Es ist indes nicht wahrscheinlich, daß sich Ausschreitungen ereignen, falls die Polizei nicht die Bevölkerung unnötig reizt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Mai.

Die Wahlrechts-Reform in Bayern.

Zur gestrigen telegraphischen Meldung über die Wahlrechts-Debatte in der bayerischen Abgeordneten-Kammer wird uns ergänzend aus München geschrieben:

Die Reform des bayerischen Landtags-Wahlrechts scheint nun doch endlich in Fluß zu kommen. Die Abgeordneten-Kammer befaßte sich heute mit einer an die Regierung gerichteten Resolution, die von dem im Jahre 1899 eingesetzten besonderen Ausschuss einstimmig vorgeschlagen wird. Die Resolution fordert die Regierung auf, dem Landtage in der nächsten Session den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen, für das unter anderem folgende Grundzüge aufgestellt sind:

Das direkte Wahlrecht einzuführen; Relative Mehrheit hat zu entscheiden mit der Einschränkung, daß der Gewählte ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen muß. Das Lebensalter ist für das aktive und passive Wahlrecht auf 25 Jahre festzusetzen. Der Wahlberechtigte muß dem Staate seit mindestens einem Jahre eine direkte Steuer entrichten und seit mindestens einem Jahre die Staatsangehörigkeit besitzen. Die Wahlgrenzen sind von der Regierung nach Größe, Stärke und Farbe zu bestimmen und mit einem deutlich wahrnehmbaren örtlichen Kennzeichen zu versehen; andre Wahlgrenzen werden nicht zugelassen und sind ungültig.

Die Zahl der Abgeordneten ist nach der Bevölkerungsziffer des Königreichs in der Art zu berechnen, daß im Durchschnitt auf je 88 000 Seelen ein Abgeordneter trifft. Für diese Berechnung ist das Ergebnis der amtlichen Volkszählung vom 1. Dezember 1900 maßgebend. In der Regel darf ein Wahlkreis mit einem Abgeordneten nicht über 32 000 und nicht über 44 000 Seelen, ein Wahlkreis mit zwei Abgeordneten nicht über 64 000 und nicht über 88 000 Seelen umfassen. Die zwischen diesen Ziffern bestehende Differenz soll sowohl zur leichteren Abgrenzung der Wahlkreise dienen als insbesondere zum Ausgleich des Unierschiedes zwischen den größeren Städten und dem Lande hinsichtlich des in ersteren vorhandenen verhältnismäßig größeren nicht wahlberechtigten Bevölkerungsteiles führen.

Im Vergleich mit dem jetzigen Wahlgesetz enthalten diese Grundzüge einige Verschlechterungen, von denen namentlich die Hinausrückung des aktiven Wahlrechts vom 21. auf das 25. Lebensjahre und die Einführung einer einjährigen Wartezeit in Betracht kommen. Der wesentlichste Vorteil, auf den namentlich unsere Partei das allergrößte Gewicht legen muß, besteht in der Einführung der direkten Wahl; auch eine Neueinteilung der Wahlkreise würde dringend zu wünschen sein.

Die socialdemokratische Fraktion wird vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie einem dieser Grundzüge entsprechenden Gesetzentwurf trotz der langgedehnten Verschlechterungen ihre Zustimmung geben soll. Das Gesetz bedarf verfassungsmäßig einer Zweidrittelmehrheit. Nun sind aber die Bauernbündler, Konservativen und ein Teil der Centrumselemente von vornherein Gegner jeder Wahlreform, weil sie dadurch eine Schwächung des bäuerlichen Einflusses auf Politik und Gesetzgebung fürchten. Die in der Freica Vereinigung vereinten Bauernbündler der verschiedenen Richtungen liegen dem auch heute entgegen, daß sie gegen den Gesetzentwurf stimmen werden, wenn die ländlichen Wahlkreise nicht erheblich verkleinert werden. Für die Socialdemokraten sprach Abg. Segitz, der mitteilte, seine Fraktion werde lediglich an den oben dargelegten Gründen zunächst für die Resolution stimmen; sie halte aber ihre prinzipiellen Forderungen aufrecht und werde nicht davon ablassen, für deren Durchführung zu kämpfen. Die Liberalen und das Centrum wollen zunächst ebenfalls der Resolution ihre Zustimmung erteilen, ohne sich aber damit für den kommenden Gesetzentwurf festzulegen.

Als die größte und gefährlichste Klippe wurde bisher allgemein die Frage der Wahlkreis-Einteilung und deren gesetzliche Festlegung angesehen, sind doch daran schon seit dem Jahre 1848 alle Versuche einer Reform gescheitert. Dieser Befürchtung wurde auch heute wieder mehrfach Ausdruck gegeben. Der Minister des Innern v. Feilitzsch meinte jedoch, auch um diese Klippe werde man herumkommen können. Wenn sich die Kammer bezüglich der Wahlkreis-Geometrie nicht einigen könne, so solle man hier den alten Zustand aufrecht erhalten und der Regierung dieser Eventualvorschlag nur insoweit überlassen, als Herr v. Feilitzsch bisher in dem Verdacht stand, daß er hinter den Kulissen die Wahlrechts-Reform zu hintertreiben suche. Heute aber redete er gar davon, daß man doch den modernen Verhältnissen etwas mehr Rechnung tragen müsse, und daß sogar ein möglicher Beschleunigung der Beratungen, damit auch die Reichsräte die Resolution noch in dieser Session erledigen können. Er versprach schließlich, bei Beginn der nächsten Session einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Weiterberatung der Resolution erfolgt am Freitag.

München, 16. Mai. (Telegramm.) Die vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution auf Reform des Landtags-Wahlgesetzes wurde heute in der Kammer einstimmig angenommen.

Die spanische Krönung.

Alfons XIII. wird am 17. Mai in Madrid unter riesigem Gepränge und mit aller Feierlichkeit, deren das spanische Hofceremoniell

nur fähig ist, zum König gekrönt werden. Die spanische Aristokratie wird die Gelegenheit benutzen, um einen besonderen Toilettenaufwand zu entfalten, und das Volk wird sich — wie das ja in dem frommen katholischen Spanien üblich ist — an den so beliebten Stiergefächten ergötzen, die diesmal als Teil der offiziellen Feier in ganz besonders großem Stille abgehalten werden. Mit dem Glockengeläut und dem Pfaffengemurrel werden sich die Todessehnsüchtige zu Tode gemarterter Pferde und Stiere harmonisch verschmelzen.

Der junge König zählt erst 16 Jahre, trotzdem rechnet man mit ziemlicher Bestimmtheit mit seinem baldigen Tode, da er von sehr schwächlicher Konstitution ist. Ueber seinen Intellekt und seine Neigungen ist bisher nicht allzuviel bekannt geworden, man weiß also nicht, ob die pathologischen Ausschweifungen seiner Ahnen sich auch als psychische Belastung auf ihn übertragen haben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ rühmt ihm die vorzüglichste körperliche und geistige Erziehung nach; interessant ist an dieser Darstellung höchstens, daß sein Unterricht in Religion und Ethik in den Händen eines Jesuitenpaters gelegen hat.

Vorausichtlich wird sich Alfons XIII. gleich seinem Vater Alfons XII. wenig um die Regierung kümmern, sondern das politische Regiment der Herde der Kerisalen und „liberalen“ Gentepolitiker überlassen, die sich um den Löwenanteil der Beute rufen, um die Wette daran gearbeitet haben, das bedauernswerte Volk dem grenzenlosesten Elend auszuliefern. Das Volk nimmt an der Krönung dem auch nicht den geringsten Anteil. Die traurigen Zustände haben einen Fatalismus entwickelt, daß man sich kaum um die politischen Kämpfe zwischen Kerisalen und Liberalen kümmert, geschweige denn um eine Familienzeremonie eines Königshauses, das in den breitesten Kreisen die absolute Nichtachtung genießt. Der „Tag“ brachte unlängst so traffe Zeitungs zur Sclaudachronik des Königshauses, daß das Fehlen auch des allerprimitivsten Respekts vor der Monarchie und ihres Repräsentanten nur zu erklärlich ist.

Der kostspielige Pomp, mit dem die Krönungsfeier begangen wird, wird die ohnedies herrschende Stimmung nur noch verschlimmern. Bedeutet doch dieser Pomp geradezu eine Verhöhnung des armenhaften Volkes, in dem die Masse der Nation sich befindet. Die Anhäufung des furchtbaren Grostes der Nichtbeschäftigten wird sich dem auch bald genug wieder in blutigen Revolten entladen, wie sie die letzten Jahre wiederholt gesehen haben. Freilich werden diese Revolten nichts an den trostlosen Zuständen ändern. Das Kaiserregiment vor allem lastet zu sehr wie ein Alp auf dem unglücklichen Lande. Allein in Madrid wachsen 30 000 Kinder ohne jeden Schulunterricht auf. Wie soll eine solche Bevölkerung das pfäffische Joch abschütteln? Auch die Bourgeoisie ist durch und durch korrupt und unfähig, die Entwicklung in gesunderer Bahnen zu lenken. Auch der mit zäher Energie kämpfende Socialismus wird noch namenlose Schwierigkeiten zu überwinden haben, bevor er als befreiender Zustrom die faulen Dünste der Korruption gerteilen können wird.

Deutsches Reich.

Das Denkmal eines Monarchen in Washington! Der Kaiser stiftet nicht nur in Deutschland Denkmäler. Kürzlich hat er nach Rom ein von Overlein hergestelltes Goethe-Denkmal geschickt, das übrigens den starken künstlerischen Widerspruch der deutschen Künstlerkolonie in Rom gefunden hat.

Jetzt hat Wilhelm II. dem Präsidenten der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß es seine Absicht sei, aus Anlaß der Amerikafahrt des Prinzen Heinrich — wie es in einem Telegramm des Kaisers heißt — den Vereinigten Staaten eine „Broncestatue Friedrichs des Großen“ zum Geschenk zu machen, die in Washington auf einem Platze zu errichten wäre, den Sie freundlichst auswählen wollen.

Der Präsident Roosevelt hat dem Kaiser in seiner Antwort telegraphiert, er sei tief empfänglich für das hochartige und freundliche Anerbieten; er werde es sogleich dem Kongress vorlegen. „Gewiß wird es“ — versichert Herr Roosevelt — „unserm Volke das größte Vergnügen bereiten, aus Ihren Händen eine Statue des berühmten Herrschers und Soldaten, eines der größten Männer aller Zeiten, Friedrichs des Großen, zu erhalten.“

Nimmt der Kongress das Geschenk an, so läme die demokratische Republik in die interessante Situation, wohl das erste öffentliche Denkmal eines Monarchen zu beherbergen, der allerdings längst tot ist.

Der Kaiser hat sein Geschenk gerade des alten Freies damit motiviert, daß mein Ahn, Friedrich der Große, gegenüber der jungen amerikanischen Republik zur Zeit ihrer Entstehung eine freundliche Haltung stets bewahrt habe.

Wie es um die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wilhelm und Jonathan in Wahrheit steht, haben wir am 8. März d. J. an den geschichtlichen Thatsachen dargelegt. Das Verdienst der deutschen Fürsten um die Unabhängigkeit der Republik bestand lediglich darin, daß sie deutsche Unterthanen für bares Geld an England gegen Amerika veräußerten. Friedrich II. hat allerdings an diesem Menschenfleischhandel nicht teilgenommen. Wir erzählten damals, warum:

Daß der alte Frey erklärt habe, er würde von den sein Gebiet verhörenden verkauften Truppen Wehrlöcher erheben lassen, weil hier vernünftige Menschen als Tiere verschauert seien, ist eine Hohenzollern-Legende, eine Fabel, der der Hals umgedreht werden muß. Wahr ist dagegen, daß Friedrich II. im Oktober 1777 vorübergehend etlichen verkauften Truppenkontingenten deutscher Potentaten den Durchzug durch sein Gebiet versagt hat. Den Grund für dies Verhalten bildete aber durchaus nicht Sympathie mit den amerikanischen Freiheitskämpfern und Enttäuschung über die Schmach des Soldatenhandels. Er selbst spricht es in den Mémoires de 1774 jusqu'à 1778 mit der ihm eigenen schlichten Richterlichkeit in

deren Worten aus, daß es sich bloß um eine „Chilane“ gegen England“ handelte, das ihn 1782 in der dicken Finte des siebenjährigen Krieges hatte sitzen lassen und ihm eben erst wieder in seinen Anzeigengelüsten auf Danzig Steine in den Weg gewälzt hätte. Er sagt wörtlich: „Es war nur eine kleine Sache für das häßliche Vorgehen des Londoner Hofes hinsichtlich der Stadt und des Hafens Danzig; in dessen wollte der König die Sache nicht zu weit treiben; eine lange Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß man in der Welt eine Menge Feinde findet, und daß man sich nicht selbst leichtes Herzens welche schaffen muß.“ So ließ er denn auch wenige Monate später, als er wegen des bairischen Erbfolgekrieges sich mit England und Preußen-Kassel gut stellen wollte, daß Kanonenfutter für Mexiko nicht nur ohne Hindernisse, sondern unter den freundlichen Worten sein Gebiet passieren. Bei derartig realpolitischen Anschauungen zog selbstverständlich eine amerikanische Gesandtschaft, die um eben diese Zeit Friedrichs thätiges Einschreiten gegen den tollen Skandal des Soldatenhandels verlangte, mit ebenso langer Nase wie Ohm Paul vom Deutschen Reich ab.

Das sind die einzigen Beziehungen — von einem bedeutungslosen, nach langem Widerstreben abgeschlossenen Handelsvertrag abgesehen — die Friedrich II. zu den Vereinigten Staaten hatte, ungefähr ebenso viele und innige, wie jede der anderen Persönlichkeiten, die auf der Berliner Siegesallee zu schauen sind.

Kammerherrnschmuck auf der Bühne. Am Dienstag wurde im königlichen Schauspielhaus in Berlin von Schauspielern des Dresdener Hoftheaters die Komödie „Posters Niese“ zum erstenmal aufgeführt. In diesem Stück hat nach der Buchausgabe im dritten Akte eine Schauspielerin zu sagen „Also Onkel Peter in Kopenhagen ist Kammerherr geworden.“ Angerechnet Onkel Peter, der ihm in der ganzen Familie. Die der „Frei. Bl.“ mitgeteilt wird, wurde in der Aufführung am Dienstag das Wort „Kammerherr“ ersetzt durch — „Abgeordneter“.

Die Geschichte einer Belohnung.

Der Stuttgarter „Beobachter“ erhält folgende Zuschrift: „Zuletzt war ich in einer internationalen Zusammenkunft in Gesellschaft. (Es war an einem Zirkelort südlich des Brenners.) Österreicher waren zugegen, Italiener, Franzosen, Engländer. Ein österreichischer höherer Offizier zog plötzlich eine Anzahl Zeitungen aus der Tasche und wandte sich an mich mit den Worten:

„Berechtigter Herr! Es ist mir wirklich ein Herzleid, daß ich nicht früher über etwas zu erfahren, was mich schon längst bewegt hat. Die Herren der Gesellschaft können mir keine Auskunft geben; Ihnen als Deutscher ist das sicherlich möglich. Sehen Sie hier das Telegramm, das seiner Zeit offiziell verbreitet und meines Wissens niemals dementiert wurde. Es lautete:

„Berlin, 7. Juli (1900). Der Kaiser telegraphierte an den Chef des Kreuzerregimentes, den Gouverneur von Kantschu, den Generalgouverneur von Schantung und die Vizekönige von Hankow und Wusung, er verpflichtete sich auf sein kaiserliches Wort, für jeden zur Zeit in Peking eingeschlossenen Fremden jeder Nationalität, der lebend einer deutschen oder sonstigen fremden Behörde übergeben wird, demjenigen, welcher die Anlieferung herbeiführt, tausend Taels auszuzahlen. Auch übernimmt der Kaiser alle Kosten, die jedwede Uebernachung seiner Fassung nach Peking verursacht.“

Der Gouverneur von Schantung hat darauf aus Tsingtau im Kantschougebiet telegraphisch — laut dieser weiteren Zeitungsmeldung geantwortet:

„Von jeher war ich in größter Sorge wegen der in Peking eingeschlossenen Europäer und versuchte wiederholt, Handelskäufer zu schicken und Hilfe zu bringen, aber vergeblich. Jetzt sind alle Wege nach Peking voll von Rebellen, und alle Maßnahmen bieten daher auch wenig Aussicht auf Erfolg. Trotzdem werde ich es als meine Pflicht halten, das äußerste zu thun, um Hilfe zu bringen.“

Das kaiserliche Anerbieten war also in China bekannt geworden. Als dann die Einschätzung Peking gelang, berechnete Ende August 1900 der Ostasiatische Lloyd die ungefähre Zahl der getöteten Europäer auf circa 1000. Bei einer Kopfzahl von 800—900 wurde dann die Entschädigungssumme von 8—100 000 Taels berechnet, was von den einen auf 3 Millionen Mark, von den anderen auf 2 720 000 bis 3 080 000 M. umgerechnet wurde. Die Städte der internationalen Truppen, welche damals die Einschlossenen befreiten, wurden auf 15 000 Mann geschätzt. Jeder Teilnehmer hätte somit 200 bis 300 M. erhalten sollen. „Ich gestatte mir nun“, schrieb der österreichische Offizier, die hülfslose Frage, ob diese Summe wirklich zur Auszahlung gekommen ist, was man bei der Verteilung vordringt und warum wohl über die ganze Angelegenheit nichts mehr bekannt geworden ist.“

Ich war tatsächlich verblüfft. Denn die ganze Angelegenheit war mir aus der Erinnerung verschwunden. Die nicht mißzuverstehenden Mienen der übrigen Herren ärgerten mich unendlich. „Ich verstehe“, murmelte ich endlich aus, „daß ich Ihnen darüber keine Auskunft geben kann, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt hat.“

„Mein Herr, ich kann Ihnen auf Ihre Versicherung geben“, sagte der Franzose, „daß an französische Truppenkörper nichts ausbezahlt wurde. Wir haben uns vor ein paar Tagen schon gelassen. Da habe ich nach Paris telegraphiert und von einem Bekannten aus dem Kriegsministerium folgendes Telegramm erhalten.“

Und das Telegramm bestätigte die Aussage. Wählich hielt mir der Engländer und der Italiener ähnliche Antworten, die sie eingeholt hatten, vor. Ich stand also einem förmlichen Komplott gegenüber.

„Meine Herren, geben Sie mir, da ich nicht Politiker bin, einige Tage Bedenkzeit; dann sollen Sie befriedigt werden.“

Das war meine einzige Rettung.

Ich wandte mich an die Heimat und erhielt postwendend die Antwort: „Selbstverständlich nichts bezahlt; die Bedingungen des Angebots nicht erfüllt; weder „Auslieferung“ stattgefunden, noch sind Gezeichnete Fremden „übergeben“ worden. Jene haben sich durch fast sechs Wochen selbst verteidigen müssen. So in den angesehensten deutschen Zeitungen seiner Zeit begründet.“

Triumphierend sagte ich die Geschichte auf und legte Ihnen das Telegramm vor, das — soweit notwendig — auch überliefert wurde. Die Geschichte werde ich mein Verbot nicht verassen. Mit triumphierender Befriedigung haben sie mich nicht erfüllt. Endlich nach einem peinlich langen Schweigen meldete der österreichische Offizier mit seltsamem Aufsehn:

„Wie ich weiß, war es ein deutscher Kaiser, ein Hohenzollern, kein Kaiser, welches Haus damals noch kein war, dem die Worte nachgeschickt wurden: „An einem Kaiserwort soll man nicht denken und denken.“ Wie dem auch sei, so ist doch meine Ansicht, — und die Herren stimmen mir vielleicht zu — daß die Auslegung eines Kaiserwortes, das vor der ganzen Welt in solcher bestimmter Weise abgegeben wurde, nicht Sache der Parteipresse ist, sondern hierüber sollte vom Kaiser selbst oder einer anderen amtlichen Stelle Aufschluß gegeben werden. So lange das nicht geschieht, ist für mich die Angelegenheit nicht erledigt. Es fragt sich also nur, ob eine solche amtliche Stellungnahme zu jenem Kaisertelegramm unterdessen erfolgt ist und in welcher Richtung. Ich habe hierüber bis heute nichts erfahren können.“

Niemand war in der Lage, auch ich nicht, bestimmte Angaben machen zu können. Darum ersuche ich Sie, mir weiteren Rat zu erteilen, um den Kundstücken so entgegenzutreten zu können, wie ich es als Deutscher wünsche.

Da wird wohl Graf Willow mit einem passenden Citat die Frage klären müssen.

Ungeheure Küchen-Unteroffiziere. Vor dem Breslauer Kriegsgericht der ersten Division unter Vorsitz des Majors v. Schmitten standen am Dienstag der Zahlmeister Aspirant Eugen Straube, der Sergeant Hermann Gernoth, beide vom Infanterie-Regiment Nr. 4 in Ohlau, und der ehemalige Vice-Wachtmeister Hermann Pohl, zur Zeit in Breslau, sowie der Reservist Hermann Dlugosch, zur Zeit in Ohlau, von demselben Regiment, angeklagt der unterlassenen Meldung, Unterschlagung und Anstiftung. In der Sache sind 16 Zeugen geladen. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Bid und Parel. Reservist Dlugosch löste in der Küche im Jahre 1901. Dort unterschlug er fortgesetzt Nahrungsmittel, wie Fleisch, Speck, Reis und Konserven, besaß auch damit Verwände. Auch schaffte er für den mißangesehnen Wachtmeister Pohl Fleisch besaß. Der Wachtmeister hat dem D. gesagt, da seine Frau krank im Wochenbett liege, könne er etwas Fleisch gebrauchen.

Der Angeklagte, der in diesem Fall unter dem Druck des Vorgehens stand, stellte das für den Wachtmeister unterlassene Fleisch in ein neben der Küche in einem Raum stehendes Sofa, das zerissen war. Die Küchen-Unteroffiziere Pohl und Gernoth verboten ihm seine Handlungen nie. Dem Vice-Wachtmeister Pohl und dem Sergeanten Gernoth legt die Anklage zur Last, als Küchen-Unteroffiziere Fleisch, Butter, Eiseine, Speck, Konserven unterschlagen und die ihnen obliegende Beaufsichtigung und Meldung in schuldhafter Weise vernachlässigt zu haben. Wachtmeister Pohl giebt den Fall mit dem Fleisch im Sofa für seine im Wochenbett liegende Frau zu, es soll nur einmal gewesen sein. Sergeant Gernoth bekam seine Portion in bar. Trotzdem eignete er sich zum zweiten Frühstück immer einen tüchtigen Teller Brühe, Fleisch und Eiseine an. Einmal frühstückte er ein und ein halbes Pfund Schweinefleisch, ein anderesmal zwei Pfund, ein drittes Mal einen halben Schweinekopf. So sah denn der Korporal drei bis viermal in der Woche bei den Fleischlücken Beghens. Dem Sergeanten wird noch falsche Rapportfertigung zur Last gelegt. In der Küche ward Margarine zum Kochen gebraucht, aber Butter eingegeben. Koch Vorwärts sollte übrigens Margarine nicht verwendet werden. Die als Zeugin vernommene Kochfrau sagt aus, sie habe dem Zahlmeister Aspirant gemeldet, daß der Angeklagte D. Fleisch verstecke, dieser habe die Sache unterdrückt. Als sie den Aspiranten aufmerksam gemacht, daß Margarine ins Essen komme, habe er ihr geantwortet, die Leute wissen viel was sie essen. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Dlugosch vier Monate Gefängnis und zweite Klasse, für Vice-Wachtmeister Pohl und Sergeant Gernoth je vier Monate Gefängnis und Degradation, gegen den Zahlmeister Aspiranten Straube 2½ Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht verurteilte Dlugosch zu zehn Wochen Haft, Pohl zu zwei Wochen Haft und drei Tagen gelinden Arrest, Gernoth zu sieben Wochen Haft und zwei Wochen Mittelarrest, Straube ward freigesprochen.

Freisinniges. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Zu Genossen spielen sich wahrhafte Königsberger Freisinnige auf und die bürgerliche liberale Mehrheit der Königsberger Stadtverordneten erklärt sich damit einverstanden. Die Censur wird natürlich gegen ein sozialdemokratisches Blatt, unser Königsberger Partei-Organ geübt. Dem Vorstand einer Verleschalle wurde von der Stadtverordneten-Versammlung eine Beihilfe von 1000 Mark bewilligt. Bei der Gelegenheit brachte unser Genosse Koste zur Sprache, daß dieser Vorstand, dem mehrere freisinnige Stadtverordnete angehören, trotz des Verlangens der Besucher der Verleschalle das sozialdemokratische Blatt nicht ansetze, weil ihm angeblich der Ton desselben nicht gefalle. Die Censur werde also zu Gunsten der freisinnigen Partei geübt. Dieselben Leute, die sich sonst über die Censur entrüsteten, läden solche selbst aus, wo sie die Macht dazu haben. Ein Gymnasial-Oberlehrer und ein Professor der Geschichte, die im Vorstande der Verleschalle sitzen, wußten zur Verleschallung der geliebten Censur nur anzuführen, daß es in ihren Kreisen unangenehm empfunden werde, daß die „Königsberger Volkszeitung“ beständige Angriffe gegen die ganzen bestehenden Schichten wie auch gegen Personen aus den bestehenden Kreisen richtet. Die Mehrheit der Versammlung gab lebhaft ihrer Zustimmung Ausdruck.

Dieselbe Versammlung beschloß dann mit großer Mehrheit, daß vier Sozialdemokraten, die früher durch Verlassen des Saales die Versammlungsfähigkeit der Versammlung herbeiführten, um zu verhindern, daß ein sozialdemokratischer Antrag betreffend die Vermittlung in später Stunde debattiert abgehandelt wurde, mit je 1,50 Mark zu bestrafen seien. Unsere Genossen hatten sich vorher geweigert, die vom Bureau verhängte Strafe zu bezahlen. Die Gerichtsordnung der Versammlung sieht eine solche Strafe vor für solche Drückberger, die ohne Abmeldung nach Hause gehen. Unsere Genossen erklärten, sie hätten die Versammlung nicht verlassen, sondern sich nur vorübergehend in einem Nebenraum aufgehalten, wie das auch bei andern Stadtverordneten oft vorkomme. Festgestellt wurde, daß eine Gruppe von Handgepäckern ebenfalls einmal solche Obstruktion geübt hat, aber nicht bestraft wurde. Genosse Haase wies vergeblich darauf hin, daß es unstatthaft sei und zu den tollsten Konsequenzen führe, wenn die Obstruktion mit Drückbergern auf eine Stufe gestellt werden. Mit großer Mehrheit wurden unsere Genossen verdonnert. Sie werden gegen den Beschluß der Anklage beschreiten.

In den Gemeinderatswahlen in Elbst-Verdingen wird uns aus Straßburg geschrieben: Der Auwärter der Parteien zu den Gemeinderatswahlen des 15. Juni hat sich in den größeren Städten des Landes nimmer vollzogen. In der Landeshauptstadt Straßburg wiederholt sich das ergötzliche Schauspiel vom verflochtenen Späthjahr, wo bei einer Ergänzungswahl der gesamte liberal-republikanisch-demokratische Ordnungsbereich in trauriger Harmonie gegen die Sozialdemokratie auftrat. Diesmal sollen auf demselben Wege die letzten beiden sozialdemokratischen Vertreter, Wölke und Vogelschlag, aus dem Stadtrath entfernt werden. Die „Demokraten“, für sich allein total macht- und einflußlos, haben sich als Einheitsfront für ihre Teilnahme an dem Ordnungsbereich zu hohe ausbedungen. — Im Gegensatz zu Straßburg ist in Wülhausen zwischen der neu gegründeten demokratischen Partei und den Sozialdemokraten eine Einigung zu Stande gekommen, deren Zweck der Sturz der durch eine Reihe schwerer Kommunalanklagen stark kompromittierten liberalen Mehrheitsregierung ist. Unsere Partei hat dort durch ihr energisches und doch besonnenes Eingreifen in die städtischen Wirren sich den Boden in der Arbeiterklasse längst wieder erobert, der ihr insofern der verabschiedeten mitleidigen Vorkommnisse der letzten Jahre vorübergehend verloren gegangen war. Der sozialistische Wahlverein erließ dieser Tage mit den Demokraten einen gemeinsamen Aufruf. — Die Parteikonstellation in Solmar scheint sich wieder ebenso zu gestalten, wie vor zwei Jahren, wo die vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten dem liberalistischen bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderat eine schwere Schlappe beibrachten. Gestingt ihnen dies am 15. Juni wieder, dann ist's mit der liberalen Herrschaft auf dem Solmarer Rathaus gründlich zu Ende.

Graf Hoenbroch. Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr geehrte Redaktion!

Sorben habe ich im „Vorwärts“ vom 14. Mai eine Besprechung des 2. Bandes meines Werkes über „Das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirklichkeit“. Sie schreiben dort: Ich hätte „das idealste Wesen der christlichen Sittlichkeit im protestantischen Nidertrum entdeckt“. Da diese Worte absolut unwichtig und deshalb geeignet sind, im Pesterleise des „Vorwärts“ eine völlig falsche Auffassung meiner geistig-religiösen Richtung hervorzurufen, so bitte ich Sie, Ihren

Satz dahin zu berichtigten, daß ich von jeher ein scharfer Gegner „des protestantischen Nidertrums“, wie des Nidertrums überhaupt, gewesen bin und noch bin, ein ebenso scharfer Gegner dieser verderblichen Richtung wie Sie selbst es sind. Das „Leumundzeugnis“ über meine religiöse Stellung, das Ihnen auf Befragen z. B. die „Kreuzzeitung“, die ein Typus des gemeingefährlichen Nidertrums ist, ausständigen wird, wird Sie darüber aufklären, wie ich in den Kreisen „des protestantischen Nidertrums“ angeschrieben bin. Uebrigens geht aus fast allen meinen Schriften meine Gegnerschaft gegen diesen religiösen und sozialen Krebsgeschaden deutlich hervor. Ich bekenne mich zum Christentum, aber nur zum Christentum der freiesten Richtung, weil einzig und allein freies Christentum wahres Christentum ist.

Bitte teilen Sie das Ihren Lesern mit, an deren richtiger Schätzung mir sehr viel liegt, da ich, um dies auch einmal in einem sozialdemokratischen Blatte auszusprechen, wie ich es neulich in Leipzig in öffentlicher Versammlung ausgesprochen habe, in der Sozialdemokratie durchaus nicht den schlimmsten Feind, sondern in ihren meisten Forderungen eine berechtigte Bewegung erblicke, die zum Ziele hat, die Befreiung unserer schrecklich schlechten sozialen Zustände.

In vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

Graf von Hoenbroch.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel über das bairische Schulgesetz Nr. 110 muß es auf Seite 2 Zeile 12 von oben statt „konfessionelle Staatschule“ natürlich heißen: „konfessionslose Staatschule“.

Ausland.

Die Gaunerei Humbert-Crawford und die Nationalisten.

Paris, 14. Mai. (Sig. Ver.)

Der Schwindel, die gewissenlose Verführung und Verblödung des Lesepublikums, dieses Hauptmittels der nationalisierenden Demagogie in der Dreifus-Affaire und im Wahlkampf, wurde von ihr auch in der Geschichte der Gaunerei Humbert-Crawford in der Welt gelehrt.

Der geschäftige und gutgepumpte Agentur-Draht hat sofort in alle Welt die Finte des monarchistischen „Soleil“ hinausgeschickt, es handelt sich in der Gaunerei Humbert-Crawford um ein „zweites Panama“, das für „republikanische Größen“ fatal werden müsse. Das Organ der Assumptionisten-Wölke, das „Arcus“, sprach gleich von einem „Freimaurer-Panama“. Der Vogel aber hat Jules Lemaitre in Person abgeschossen. Dieser nun endgültig geschlagene Großwähler Frankreich hat noch in allerletzter Stunde, am Morgen des Stichwahltages, in allen nationalisierenden Blättern einen ebenso blöden, wie verleserlichen Wahlaufruf veröffentlicht, worin die Gaunerei direkt gegen das Ministerium und die links-republikanischen Kandidaten ausgehauet wird. Der seine „unsterbliche“ akademische Kritiker a. D. nennt da die Madame Humbert ein „Witzgen“ des Ministeriums. Die von ihr seit 20 Jahren ergarmerten Millionen wären dazu bestimmt gewesen („vielleicht“) „offizielle Kandidaturen“ und „verschiedene geheimnisvolle Geschäfte“ zu subventionieren: „In diesem Fall könnte man sagen (das wäre wunderbar), daß das Geld, mit dem das Ministerium des Auswärtigen die Patrioten bekämpft hat, das Erzeugnis des Diebstahls gewesen sei. — Wähler! Für einen ministeriellen Kandidaten votieren, heiße Gefahr laufen, für einen Kugelhieb der neuen Panama zu votieren. — Die dreifusische Republik stürzt in Not zusammen.“

Und am gleichen Stichwahltag wurde dieses Elaborat von sämtlichen nationalisierenden Kandidaten als eignes Wahlmanifest angehängt, worin aber die jesuitischen „vielleicht“ des Originals verschwanden und die bedingungsweisen Verleumdungen des Lemaitre in apodiktische Sätze verwandelt wurden. Die Fälschung des offenkundigen Wahlbetruges durch Lemaitre wurde von den nationalisierenden Kandidaten noch durch die Fälschung des falschen „Artexes“ vervollständigt.

Diese geistige Verirrung des Lemaitre (von Sittlichkeit darf man bei ihm und den Seinen nicht sprechen) läßt sich nur durch die zur Verzweiflung treibende Gewissheit der Niederlage erklären. Denn der Thotbestand der Humbert-Affaire lag von Anfang an klar genug zu Tage. Insofern die Gaunerei überhaupt politisch sich verwerten läßt, so nur zum Nachteil der liberal-nationalistischen Elemente.

Wer war der wirksamste Schirm der selbstverständlich sünden-schönen Gaunerei? Rechtsanwalt du Buit, ein liberal-nationalistischer Leuchte des Pariser Advokatenstands, ein von der Generalschubpresse gefeierter Patriot, der die Verteidigung Jolas in der Dreifus-Sache annehmen zu wollen erklärt hatte nur unter der Bedingung, den „Wahlaufruf“ des tapferen Schriftstellers als Rechtfertigungsgrund ins Feld zu führen. Zur gleichen Zeit war der geistig heilsehende Patriot von der Existenz der Humbert-Crawford-Gaunerei im Stillen in Kenntnis gesetzt. Er in den endlosen Humbert-Crawford-Prozessen die Annalen der ungläubig gewordenen Gläubiger der Humbert-Barock an, wenn sie nach der Adresse der geheimnisvollen Gebrüder Crawford fragten. Zur gleichen Zeit prangte sein Name als „juristischer Beirat“ im Verwaltungsrat der Leibrenten-Kassette, die von der Familie Humbert speziell zum Einfangen kleiner Gimpel eingerichtet war.

Und neben du Buit stand im Dienste der Gaunerei der Notar Lanquet, der zugleich der Notar des Präzidenten, des Herzogs von Orleans, ist. Die Gaunerei-Anstalt berief sich ferner auf ihre Sponsoren auf die Erzbischofe Richard (Paris), Conillé und Labouré und auf den — Paps, deren Porträts im Kessels-Prospektus der Kassette prangten. Der „heilige Geist“ der letzteren mußte den Gimpeln ganz besonders in die Nase streifen noch deshalb, weil sie ihre Kundtschaft mit Vorliebe durch Vermittelung der Priester und der „religiösen“ Presse, wie die diversen „Kreuz“-Zeitungen, einzufangen suchte. In einem besonderen Prospektus an die Priester wurde versprochen, daß die von den letzteren „empfohlenen“ Mentur-Extraktbegünstigungen genießen würden.

Und wer hat als Gerichtsvorwender jahrelang die schwindelhafte Prozessiererei der Humbert wohlwollend gewähren lassen, auch dann noch, als der Schwindel in die Augen sprangen mußte? Kein anderer als Périvier, ein liberal-nationalistischer Parteigänger, der sich im zweiten Jolaprozess durch seine cynische Haltung die lebende Anerkennung der Generalschubler erworben hat. Erst seit vom gegenwärtigen Ministerium ernannter Nachfolger, Borichon, hat es gewagt, das kunstvolle juristisch-gaunerierte Splingewebe zu zerreißen, das den mysteriösen Wählern vor neugierigen Wägen schützte.

Wer hat hingegen zuerst den ganzen Schwindel durchschaut und demüthigt? Gerade Waldeck-Roussau in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt der Humbert, deren Inhaber durch die Zahlungsunfähigkeit der Humbert zum Selbstmord gelehrt war. Die Blätter veröffentlichen einen Auszug aus dem beglückten Wählerey Waldeck-Roussau, das am Jahre 1897 kammt und worin bereits alle wesentlichen Momente der größten Gaunerei des Jahrhunderts (wie Waldeck-Roussau sich schon damals ausdrückte) klar angedeutet werden. Als dann Waldeck-Roussau die

Ministerpräsidentenschaft übernommen hatte, wurde die von ihm be-
geordnete Entlassung der Ganner von seinem Sekretär, dem Rechts-
anwalt Konei, bis ans Ende geführt.

Soviel zur parteipolitischen Seite der Ganner, die vor allem
für die kapitalistische Kultur und das kapitalistisch durchgeführte zivile
Gerichtswesen charakteristisch ist. Nach dem Gesagten ist es klar,
daß diesmal keine jesuitische Meisterhaft im Fälschen, Lügen und
Verleumben den Nationalisten helfen kann, die Verrottung der kapita-
listischen Welt, die in erster Linie die Verrottung des liberalen Teils
dieser Welt ist, gegen die Republik bezw. die antiliberalen Parteien
anzuschlagen. Sie sehen das übrigens bereits selbst ein. Der Wahl-
agitations-Streich des Lemaitre hat in ihrer Presse keinen Nach-
hall gefunden, nachdem er bei der Wählererschaft erfolglos ver-
pufft war.

Ein Nachklang zum belgischen Wahlrechtskampf.

Die „Frank. Ztg.“ meldet aus Brüssel: Im Kohlengebiet
des Vorinoge wurden die Löhne allgemein um 12 Proz. und mehr
herabgesetzt.

Diese Nachricht ist insofern bemerkenswert, als sie den merk-
würdigen Umstand zu erklären scheint, warum die Unternehmer im
Wahlrechtskampf zum Teil mit dem Generalstreik der Arbeiter
sympathisierten. Ein solcher Streik war ihnen — in einer Zeit
niedrigsten Niedergangs — offenbar als unauflösliches und
wirksamstes Mittel der Produktionsbeschränkung sehr willkommen.

Unter solchen Umständen war es allerdings das einzig Ver-
nünftige, daß der Generalstreik schleunigst beendet wurde. —

Oesterreich-Ungarn.

Der sozialistische Dringlichkeitsantrag, betreffend die
Artillerieforderung von 88 Millionen, stand am
Dienstag im österreichischen Reichsrat zur Verhandlung. Genosse
Dražanski gebelte besonders die groteske Institution der öst-
reichischen Delegation.

Das Wesen des Parlamentarismus ist die Wählbarkeit und die
Verantwortlichkeit den Wählern gegenüber. Wie viele Wähler striden
hinter jenen Sommergestalten, die in den Delegationen sich ver-
sammeln? Zuerst sind es zwanzig Herrenhäuser, und unter den
40 gewählten Abgeordneten befinden sich kaum 15 Großgrundbesitzer,
die repräsentieren rund 830 Wähler. Diese Männer geben die fertige
Majorität in den Delegationen.

In der ungarischen Delegation giebt es Hochonkschiffe, in welche
Hochleute entsendet werden. In unrem Eudget-Ausgang sind doch
keine Hochleute! Sie verstehen gar nichts von dem Militarismus
und haben auch keine Gelegenheit dazu gehabt, etwas davon zu
lernen. Von dem Referenten über das Ordinarium, Baron
Walterskirchen, weiß man im politischen Leben gar nichts, und
der Referent über das Extra-Ordinarium, Abgeordneter Popowski,
erwachte Mitleid, als er hier im Hause als Referent fungierte.
Aber das schadet nichts. Je unschlüssiger, je unwillkürlicher die Re-
ferenten sind, desto besser für die gemeinsame Regierung. Geschäfts-
in der Höhe von Hunderten von Millionen werden in ein paar
Stunden abgewickelt. Da kommt der Kriegsminister oder sein Re-
ferent und hält einen wunderschönen Vortrag, die Delegierten saugen
die Wissenschaft gierig ein. (Geisterleit bei den Sozialdemokraten.)
Sie sind entzückt, daß sie einen solchen sachwissenschaftlichen Vortrager
vor sich haben und wie wollen sie dann nein sagen? In Frankreich
ist Herr de Freycinet, ein Civilist, Kriegsminister geworden, weil er
so viel militärisches Sachwissen besaß, daß er den Militärs imponieren
konnte. In Deutschland sind Parlamentarier wie Welbel oder Eigen
Nichter, welche den Militarismus aus dem ff lernen. Demen wird
so ein Kriegsminister nicht irgend etwas vorkaufmännern. Wer
klammert sich bei uns um die zweijährige Dienstzeit? Ein Herr
Waher aus Wöhrbach hat gefragt, ob der Minister geneigt sei, die
zweijährige Dienstzeit einzuführen. Darauf wurde ihm geantwortet,
der Minister könne sich für die Idee nicht erwärmen. Und das ist
das Um und Auf der ganzen Delegation (Hört! Hört!) bei den
Sozialdemokraten, und die Pagoden mären Ja. Es ist ein unvorstelliger
Zustand, der zur Verhöhnung dieser Gesellschaft herausfordert, die
sich vor dem ganzen europäischen Forum blamiert.

Für den Dringlichkeitsantrag stimmten schließlich 99, dagegen
75 Abgeordnete. Da aber zweidrittel Majorität notwendig ist, war
er abgelehnt.

Den Ruf nach der Kolonialpolitik gestand am Freitag Graf
Goluchowski in dem Marine-Ausschuß der ungarischen Delegation
in anerkannter offener Weise ein. Goluchowski erklärte, daß
Detachement in Bezug die dazu, den den Vorkosten an-
gewiesenen befestigten Stadteil zu verteidigen. Kolonial-
politik sei für die Monarchie ungewinnlich, weil sie
mit der staatsrechtlichen Struktur derselben nicht in Einklang ge-
bracht werden könne. Andererseits hätten die Staaten
der ganzen Welt die zur Kolonisierung verwendeten
Gebiete bereits so besetzt, daß Oesterreich-Ungarn heute
verpätet solche nicht mehr erwerben könnte.

Das letzte Motiv sollte nicht nur für Oesterreich gelten! —

Zollkonflikt zwischen den beiden Reichshälften. Im un-
garischen Abgeordnetenhaus erklärte am Donnerstag,
auf den Vorschlag Malowatsch, daß für den Fall des Scheiterns des
Kriegsbeschlusses mit Oesterreich keinerlei Vorbehalten zur Errichtung eines
selbständigen Zollgebietes getroffen seien, der Ministerpräsident
v. Szell, falls das Land zur Errichtung von Zollstrahlen gegen
Oesterreich entschlossen sein sollte, so werde dies seiner
Zeit ohne Zeitverlust bewerkstelligt werden können.
Der Poststreik sei soweit ausgearbeitet und redigiert, daß er inner-
halb von 4 bis 5 Wochen in einen solchen Tarif umgearbeitet werden
könne, der als Grundlage für ein selbständiges Zoll-
gebiet diene. Dieser Anschlag des Ministers gegen Oesterreich fand
langanhaltenden Beifall auf allen Seiten des Hauses.

Frankreich.

Zu den Wahlen. Die Resultate der letzten Wahlen sind nun-
mehr in ihrem vollen Umfang bekannt und man kann sich ein
genaueres Bild verschaffen, in welcher Weise die einzelnen
Landesteile in der neuen Kammer vertreten sein werden.
Unterhandelt man die Wahlen nach dieser Richtung hin, so gelangt man
zu folgenden interessanten Ergebnissen: der Norden (17 Departements)
hat gewählt 22 Reaktionsäre, 6 Nationalisten, 10 Liberale, 6 Repu-
blikaner, 2 Radikale und 4 Sozialisten. Die Kräfte sind hier
also ziemlich gleichmäßig verteilt. Der Osten (12 Departements)
hat 11 Nationalisten, 7 Liberale, 1 Republikaner, 3 Radikale und
2 Sozialisten in die Kammer gewählt. Hier ist eine ministerielle
Majorität von 2/3 vorhanden. Im Westen (22 Departements) wurden
57 Reaktionsäre, 8 Nationalisten, 80 Liberale, 22 Republikaner und
20 Radikale gewählt. Hier ist eine 2/3-Majorität der Antiministeriellen
vorhanden. Das Centrum (22 Departements) hat 5 Reaktionsäre,
10 Nationalisten, 17 Liberale, 10 Republikaner, 6 Radikale und 13 Sozia-
listen gewählt. Die Opposition steht hier 1:3. Im Südosten (10 Depar-
tements) betrug die Zahl der gewählten Nationalisten 2, Liberale 6, Repu-
blikaner 7, Radikale 31, Sozialisten 8. Der Südwesten (13 Depar-
tements) endlich hat 2 Nationalisten, 5 Reaktionsäre, 9 Liberale,
24 Republikaner, 36 Radikale und 4 Sozialisten ins Parlament ge-
schickt. In Paris und im Seine-Departement sind bekanntlich fast
zu gleichen Teilen Nationalisten auf der einen, Radikale und Sozia-
listen auf der andern Seite gewählt.

Belgien.

Der Wahlkampf hat nunmehr begonnen. Die Wähler
Parteiengenossen haben bereits in sämtlichen zwölf Wahlkreisen die
Kandidaten nominiert; unter ihnen befinden sich die Abgeordneten
Bauderelde, Desportes, Verlaend und Delvaë, deren Mandate jetzt
ablaufen. —

Der Alerikalismus hat seit den belgischen Umwälzungen in
den vierzig Jahren in diesem Lande unmaßbare Fortschritte ge-

macht, so daß seine Macht von der Arbeiterpartei jetzt kaum zu
brechen ist. Nach einer Aufstellung des „Peuple“ waren im
Jahre 1848 12 000, im Jahre 1900 31 000 Ordensbrüder vorhanden;
dazu kommen 6000 ausländische Brüder. Außerdem sind 31 000
Brüder und 6000 weltliche Geistliche vorhanden. Während im
Jahre 1848 779 religiöse Niederlassungen bestanden, zählte man im
Jahre 1900 deren 1709. Unter den 15 828 Lehrern und Lehrkräften,
die im Jahre 1900 für die Elementarschulen angenommen waren,
befanden sich 4240 Geistliche. —

Spanien.

Die drohende Ministerkrise ist vorläufig bis nach den
Arbeitsfeierlichkeiten verschoben. Der Ackerbau-Minister Canalejas
hat seine Demission von der Stellung seiner Kollegen zur Frage der
Kongregationen (Ordensgesellschaften) abhängig gemacht. Nach ihm
ist es unmöglich, den Kongressen zuzustimmen, welche der Minister
des Innern dem Papst bezüglich der Kongregationen gemacht hat.
Canalejas — es ist derselbe, der kürzlich eine Aenderung der
agrarischen Eigentumsverhältnisse in der Kammer empfahl und einen
dießbezüglichen Gesetzentwurf ankündigte — scheint einer der wenigen
spanischen Staatsmänner zu sein, die wenigstens einigermaßen vom
modernen Geiste durchdrungen sind; darum wird es höchst wahr-
scheinlich auch bei seiner Demission bleiben, denn es ist kaum an-
zunehmen, daß er mit seinen Anschauungen gegenüber der Kirche
bei seinen Kollegen in der Regierung durchdringen wird.

Gelegentlich der Krönung Alfons XII. soll eine Amnestie in
größeren Umfang erfolgen. —

Dänemark.

Die Abtretung der westindischen Inseln. Der Folkething
nahm am Freitag mit 98 gegen 2 Stimmen bei 5 Stim-
menthalten den Gesetzentwurf betr. die Abtretung der westindischen
Inseln unter der Bedingung an, daß die Abtretung unter den
Bewohnern der Inseln eine Mehrheit dafür ergibt.

Asien.

Der Sozialismus in Japan.

Das Organ der Sozialdemokratie Japans, die „Labor World“
(Welt der Arbeit) erscheint jetzt wöchentlich in der Form einer Revue.
Von den 66 Seiten dieser Zeitschrift sind drei in englischer, der Rest
in japanischer Sprache abgefaßt. Seitens der sozialistischen Partei
war auch die Herausgabe einer Tageszeitung versucht worden; die-
selbe hat aber nach einmonatlichem Erscheinen wieder aufgehört zu
existieren, weil sie von den Behörden zu sehr bedrängt wurde. Die
Agitation der Sozialisten wird nichtbestenfalls mit großem Eifer
fortgeführt, namentlich wird für die Einführung des allgemeinen
gleichen Wahlrechts gekämpft. Mit der hohen Obrigkeit steht die
sozialistische Partei Japans auf dem gespanntesten Fuße; Anklagen,
Versammlungsverbote und sonstige Chikanen sind auch in Japan die
Mittel, mit welchen die Regierung glaubt, einer Kulturbewegung
Herr zu werden. So sollten z. B. am 3. April in Tokio drei große
Versammlungen stattfinden; dieselben wurden aber vom Minister des
Innern verboten. —

Afrika.

Englische Kolonialkämpfe in Nord-Nigeria. Ueber englische
Operationen in dem an Nord-Kamerun grenzenden englischen Gebiet
wird gemeldet: Die englische Zaria Relief Expedition ist
von Jebbar, dem Hauptquartier des Nord-Nigeria-Regiments, am
5. Februar aufgedrungen, um den König gefangen zu nehmen und
seine Anhänger zu zerstreuen. Die Truppe, die noch ansehnliche
Verstärkung von befreundeten Stämmen erhielt, marschierte von
Jebbar aus nach dem 124 englische Meilen entfernten
Viminin Gwari, wo sie am 18. Februar eintraf. Dort
erhielten sie durch befreundete Eingeborene die Nachricht,
daß größte Schnelligkeit geboten sei, um den König zu
fangen. Trotz der Anstrengung gelang es aber den Eng-
ländern nicht, Kaja, wo der König ein Lager bezogen, in einem
Tage zu erreichen und als am übernächsten Tage die britische
Infanterie nach Masca kam, um den König abzuholen, stellte
sich heraus, daß der König bereits auf dem Wege nach zu ge-
funden war. Das Lager bei Kaja war bereits verlassen, doch gelang
es, einige Meilen hinter Masca wieder Fährten mit dem Feinde
zu bekommen und später den König Ibrahim Subem mit seiner
Armee von 10 000 Mann, wie gemeldet wird, gefangen zu
nehmen.

Durch die Wirren, die die englische Kriegsführung hervorgerufen,
wird wahrscheinlich auch Deutsch-Kamerun zu leiden haben.
Unter kameruner Verwaltung, die ohnehin Expeditionen in das
Hinterland ausgerichtet hat, wird das freilich nicht unangenehm sein.

Amerika.

**Das Vorkommen eines britischen Millitärdepot bei Port
Chalmers** hat die Legislatur des Staates Louisiana zur Annahme
einer Resolution veranlaßt, die den Gouverneur dieses Staates auf-
fordert, die nötigen Schritte zu ergreifen, um dem Völkerecht und
den zwischen Amerika und andern Staaten bestehenden Verträgen
Weltung zu verschaffen.

Der Boeren-Krieg.

Die Friedenskonferenz in Vereeniging.

Paris, 16. Mai. Der Londoner Korrespondent des „Figaro“
berichtet, daß Resultat der Zusammenkunft in Vereeniging sei nicht
zweifelhaft; der Friede sei gesichert. Dagegen ver-
öffentlicht der „Mail“ ein Telegramm aus London, wonach in
dortigen boerenfreundlichen Kreisen die Ansicht vorherrscht, daß die
Unterhandlungen resultatlos verlaufen werden.

London, 16. Mai. Die Regierung weiß absolut
nichts über die Boerenbedingungen, sowie darüber,
ob die Boerenführer die in Vereeniging vorgebrachten englischen Be-
dingungen angenommen oder abgelehnt haben.

„Daily Mail“ teilt dagegen die Bedingungen mit, welche
die Boeren bei der Zusammenkunft in Vereeniging bereits an-
genommen haben sollen. Es seien dieselben, welche von der englischen
Regierung in Pretoria als Mindestforderung aufgestellt worden sind,
nämlich völlige Aufgabe der Unabhängigkeit und allgemeine Ent-
waffnung.

Partei-Nachrichten.

Die unfeligen Zwistigkeiten in Nürnberg nehmen kein Ende.
Wie gestern schon kurz berichtet, verließ eine außerordentliche Ge-
neralversammlung des sozialdemokratischen Vereines den Ausschluß der
Mitglieder Rößler und Ströber. Wie aus dem heute vor-
liegenden ausführlichen Bericht der „Frank. Tagesp.“ hervorgeht, hat
A. im Jahre 1900 einen gegen den damaligen Redakteur der „Frank.
Tagespost“, Genossen Südekum, gerichteten Artikel in dem frei-
willigen „Frankischen Kurier“ veröffentlicht. Ströber, der als
Geizhals im „Kurier“ arbeitet, ist ihm dabei behilflich gewesen. Der
Sachverhalt ist von einer Kommission untersucht worden, der auch
drei Vertreter des Landesverbandes angehörten.

Nach langer erregter Debatte wurde der Ausschlußantrag
der sehr stark besuchten Versammlung mit erdrückender Mehrheit an-
genommen.

Aus Industrie und Handel.

Sächsische 3prozentige Anleihe. Das sächsische Finanz-
ministerium hat an die „Sächsische Bank“ zu Dresden, die „Dresdener
Bank“ in Dresden, die „Allgemeine Deutsche Kreditanstalt“ in Leipzig,
die „Hansa“ in Weimar, die „Direktion der Disconto-Gesellschaft“,
die Nationalbank für Deutschland und den A. Schaaffhausenschen
Bankverein restliche 50 Millionen Mark 3prozentige sächsische Anleihe
vom Jahre 1900 fest zu begeben. Das Finanzministerium hat den
übernehmenden Banken die Zusage erteilt, bis zum 31. Dezember 1902
weitere Beträge 3prozentiger sächsischer Anleihe ohne Zustimmung der-
selben nicht an den Markt zu bringen.

**Generalversammlung der Aktionäre der Hannoverschen
Straßenbahn.** (Fortsetzung des gestrigen Berichts.) Im weiteren
Verlauf der Versammlung ergriff Direktor Krüger zu seiner Ver-
teidigung das Wort. Er erklärte: Es ist mir der unglückliche
Vorwurf der Unredlichkeit gemacht; aber er ist gemacht von Leuten,
die nicht beleidigen können. Man hat mich dem Staatsanwalt
denunziert und ich bin nunmehr bereits drei Stunden lang vernommen.
Ich bin den Denunzianten zu Dank verpflichtet, denn mir ist es
sehr lieb gewesen, daß ich an der Stelle Redenschaft ablegen konnte.
Ich habe nichts zu fürchten. Das Unternehmen ist allein schlecht ge-
worden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Es wird aber wieder
eine Aufschwung kommen. — Aktionär Schüller meint, er könne sich
nur wundern, daß man der Revisionskommission die Original-
protokolle der Aufsichtsratsitzungen verweigert habe. Er stelle den
Revisionskommissionen nicht erst ein Gutachten abwarten, wie es die
Revisionskommission vorschlägt, sondern sofort die Regreßklage wegen
Bilanzverschleierung einreichen.

Nachdem Geh. Regierungsrat Ludowig sich damit einverstanden
erklärt hatte, daß nur betreffs der Regreßpflicht wegen zu viel ge-
zahlter Dividenden und Lantienem ein Rechtsgutachten eingeholt
werde, und Bankdirektor Basse Namens der alten Verwaltung erklärt
hatte, daß diese sich nicht für gebunden erachte, irgend welche
Opfer zu bringen, kam es zur Abstimmung. Der Antrag
auf Einholung eines Rechtsgutachtens und eventueller Ge-
hebung einer Regreßklage wurde mit großer Mehrheit abgelehnt,
ebenso der Antrag auf Verweigerung der Dividende-Erteilung.
Dagegen wurde ein Antrag des Vorstandes betreffs nachträglicher
Zugabungen auf die Aktien angenommen. Danach sollen diejenigen
Stammaktionäre, welche innerhalb von mindestens vier Wochen eine
Zugabung von 300 M. pro Stück leisten, eine Quittung erhalten,
gegen welche ein auf den Namen lautender, durch Jubosament
übertragbarer Gewinn-Anteilschein in Höhe von 250 M. über-
geben wird. Hierauf wurde in die Wahl des Aufsichtsrates ein-
getreten.

Ausfuhrprämien. Die die Fachzeitung „Industrie“ berichtet,
ist zwischen dem Kohlen Syndikat, dem Roheisensyndikat und dem
Halbzugverband bei den letzten Verhandlungen eine neue Ver-
einbarung hinsichtlich der Ausfuhrvergütungen für die Eisenindustrie
abgeschlossen. Die genannten Syndikate beteiligen sich daran ge-
meinschaftlich mit der Maßgabe, daß die Vergütung künftig auch
für verarbeitetes Rohmaterial gewährt wird. Bedingung ist, daß
der Auslandspreis plus Ausfuhrvergütung nicht höher ist als der
Inlandspreis.

Vom internationalen Schifffahrtstrust. Der kürzlich be-
richtete Anlauf der „China Mutual Steam Navigation Company“
durch den Koranischen Schifffahrtstrust wird demontiert. Der
Käufer ist Alfred Holt, aus dessen Besitz vor circa zwei
Jahren die als „Goldlinie“ bekannte, in Hinterindien fahrende Ästern-
linie an den „Norddeutschen Lloyd“ überging, und der gegenwärtig
noch mit der „Ocean Steamship Co.“ am ostasiatisch-anthropischen
Verkehr beteiligt ist. — Auch die Cunard-Linie scheint — wenigstens
vorläufig — nicht am Truf beteiligt zu sein; wenigstens erklärte
im Unterhause Staatssekretär Balfour, er habe Ursache zu der
Annahme, daß kein Vertrag vorhanden sei, welcher dem ameri-
kanischen Dampfertruf das Recht geben würde, die Cunard-Linie in
sich aufzunehmen.

**Saatensand in den Vereinigten Staaten von Amerika
und in England.** Der Bericht des amerikanischen Ackerbau-Bureaus
bezieht den Stand des Winterweizens mit 76,4 Prozent gegen
94,1 Prozent am 1. Mai des Vorjahres und den Stand des Winter-
roggens mit 83,4 Prozent gegen 94,6 Prozent. Die mit Winter-
weizen besetzte Fläche wird auf 27 103 000 Acres geschätzt gegen
28 267 000 im Vorjahre abgeerntete Acres. Der New Yorker
Staatsfiskus Brown schätzt den Ertrag auf 341 498 000 Bushels
gegen 418 331 600 Bushels, welche im vorigen Jahre geerntet
wurden.

In England ist nach amtlichem Bericht der Stand der Winter-
saaten in den meisten Gouvernements der mittleren Rayons im
ganzen als befriedigend anzusehen. Der größte Mangel der Ver-
schädigungen macht einige Kreise der Gouvernements Aurd, Orel
und Woroneß. Ursachen des schlechten Saatensandes ist hier
zumeist Mangel an Feuchtigkeit, der auch in dem Gou-
vernement Grodnno Schaden angerichtet hat, wenn auch in
geringerem Maße. Am günstigsten lauten die Nachrichten aus den
einzelnen Gegenden des Nord- und Nordwestens des Schwarzsee-
Rayons, aus den Gouvernements Samara und dem baltischen Rayon,
doch wurden in letzterem die Aussaaten mehrfach durch starke Nord-
und Nordostwinde beschädigt. Das Anbau-Areal ist wenig ver-
ändert; die Sommerfelder sind auf Kosten des Wintergetreides nur
im baltischen Rayon vergrößert. Unbefriedigend sind in den am
meisten beschädigten Kreisen der Gouvernements Woroneß, Aurd
und Orel notwendig.

Von den Antillen.

Ueber den Vulkanausbruch auf St. Vincent veröffentlicht
der „New York Herald“ folgendes Telegramm aus St. Vincent vom
13. Mai: Am 6. wurde der See im alten Krater des Soufriere
wuschig. Am 7. Uhr nachmittags am 8. begann der Berg, vulkanische
Regen zu zeigen. Heftige Erdstöße traten auf. Schre-
liches Getöse und Detonationen folgten. Gegen 7 Uhr abends stieg
aus dem Krater eine gewaltige Dampf- und Aschewolke auf. Das dauerte bis
Mitternacht. Am Mittwochmorgen hörte man furchtbare Explosionen
und diesen folgte um 7 Uhr wieder ein Entweichen von
Dampf. Nach drei Stunden erfolgte ein Ausbruch. Gegen
Mittag schienen sich drei Krater zu öffnen, die Lava ansprangen. Sechs
Lavaströme flossen an den Seiten des Berges herunter. Nach dem
ersten Erscheinen der Lava arbeitete der Berg eine halbe Stunde
lang heftig, während welche um die Mäuler des Kraters pulsten.
Die Detonationen gingen bald in ein ununterbrochenes Gebrüll über.
Dieser Zustand dauerte bis Freitagmorgen an. Den Donner hörte
man im ganzen karibischen Meer. Der eigentliche Ausbruch be-
gann am Mittwoch. Eine gewaltige Wolke stieg in dunklen Säulen
acht Meilen hoch von der Bergspitze auf und verbreitete eine Dunkel-
heit, als wäre es Mitternacht. Die mit Schwefel angefüllte Luft
war mit feinem Sand geladen. Einem schwarzen Regen folgte ein
Regen von Schlacken, Felsstücken und Steinen. Zahlreiche Wölfe er-
höbten das Entsetzen, welches durch das Erdbeben, das Getöse, die
Lava und die fallenden Steine hervorgerufen wurde. Große Strecken
kultivierten Landes wurden begraben. Die Plantagen von Wallou
und Richmond wurden mit den Dörfern vollständig zerstört, die
ersten zum Teil von der See überflutet. Alles Land in diesen Distrikten
war mit Asche und Lava 2 bis 4 Fuß hoch bedeckt. Mit der Vegetation
war der ganze Viehbestand vernichtet. Die Gebäude waren zerstört, die
Wasserläufe und Flüsse verstopft. Wasser- und Lebensmittelmangel
herrschte jetzt auf der Insel, von der bis heute schon der Verlust von
1020 Menschenleben gemeldet wurde. 167 Leute liegen im
Hospital von Georgetown. Die Todesursache war hauptsächlich
Erstickung durch Schwefelgase, Schlag oder Verbrühen durch
Lava. Ganze Familien kamen durch Schlag um. Das
englische Kriegsschiff „Indefatigable“ brachte gestern Nahrungsmittel
von Trinidad und St. Lucia. Die Mannschaft beerdigte die
Leichen von 30 Kanen, die auf dem Gut Ovia, nördlich
von Soufriere, gefunden wurden. Auf dem Gut Richmond soll sich
in der Nähe des Strandes ein neuer Vulkan gebildet haben. Die
Verstärkung der Verwundeten ist granatlos. Die Distrikte der
Windwardküste sind hauptsächlich mit Leuten überfüllt. Kingston und
seine Umgebungen sind in Sicherheit. In der Stadt selbst sind keine
Kasernen zu verzeichnen gewesen, aber Wollen von Wäsche liegen darüber
hin. Es sind Krüge und Pflöge in den Straßen eingetroffen. Die meisten
Leuten lagen unter Wäsche und waren so in Verwesung übergegangen,
daß man sich ihnen kaum nähern konnte.

Aus Port de France meldet „Menters Bureau“ vom 13. Mai:
Der Geschäftverkehr ist hier eingestellt. Das Volk fröhnt in die

Kirchen und Kathedralen, wo besonderer Gottesdienst für die Toten von St. Pierre abgehalten wird. Der Mont Pelée stößt immer noch Feuer und Rauch aus. Zu später Stunde in der vergangenen Nacht meldete ein Telegramm aus Dominica, daß 300 Ueberlebende in Ranoe von St. Pierre angekommen seien. Aus St. Pierre werden viele unerklärliche Vorkommnisse berichtet. So fand man die verlockten Ueberreste einer weiblichen Leiche, die ein vollständig unbekanntes selbener Taschentuch an die Lippen gedrückt hielt. An einer andren Stelle lagen die verstümmelten Körper junger Mädchen, deren Schuße unverletzt waren. Der italienische Konsul in Barbados hat die Leiche seiner Tochter, die St. Pierre besuchte, aufgefunden. Militär bewacht das Eigentum gegen die Räubereien der Galanten, die schwer gequält werden, wenn man sie bei der Ausplünderung der Leichen faßt. Große Scharen von Arbeitern werden Monatelang zu thun haben, um die Straßen von den Zimmer- und Leichenhäufen zu säubern. Mouillage Rouge, in der Nähe von St. Pierre, ist erhalten geblieben, Vasse Pointe und Macuba sind bis jetzt der Gefahr entgangen; der Krater arbeitet aber immer noch.

Den letzten Meldungen zufolge ist der gesamte Norden der Insel geräumt worden. Es hat sich nämlich ein neuer Krater auf dem Mont Pelée an der St. Pierre entgegengesetzten Seite geöffnet, nach der Vasse Pointe genannten Gegend zu. Die ganze Bevölkerung von La Martinique ist nunmehr in und um Fort de France konzentriert, wo sie in Sicherheit zu sein scheint. Dem bisher ist noch kein Moment entdeckt worden, das die Verführung rechtfertigt, der Südteil der Insel könne gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der „New York Herald“ meldet aus Fort de France: Die ganze Bevölkerung von St. Vincent nördlich der Linie Château Vellair bis Georgetown ist vernichtet. 700 Leichen sind bereits geborgen. Die eingeborgenen Kariben der ganzen Insel und fast alle Kariben Westindiens sind durch die vulkanischen Ausbrüche ausgerottet. Es blieben nur wenige Kariben auf Dominica und Santa Lucia übrig.

Aus Fort de France wird noch gemeldet: Ein englischer Offizier, welcher beauftragt wird, aus den Ruinen der Kirche von St. Pierre heilige Gefäße gestohlen zu haben, wird gegenwärtig heftig verfolgt.

Meineidsprozeß Hillger und Genossen.

Landgerichtsrat Grodke eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Der Jubel der Publikums ist gewaltig. Die den Geschwornen vorgelegten Fragen lauten mit Bezug auf den Angeklagten Hillger: Schuldig des wissentlichen Meineids? oder des fahrlässigen Meineids? Betreffend den Angeklagten Dr. Klein: Schuldig des wissentlichen Meineids und Begünstigung des vom Angeklagten Hillger geleisteten Meineids um ihn der Bestrafung zu entziehen?

Staatsanwalt Meis nicht zunächst in seinem Plaidoyer darzulegen, daß Amtsvorsteher Schulz aus dem Verleumdungsprozeß sowohl, in welchem Dr. Klein zu 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde, als auch aus diesem Meineidsprozeß unantastbar und als Ehrenmann hervorgegangen sei. Der Staatsanwalt fährt sodann alle die Punkte an, welche für die Schuld und das Schuldverwehren des Angeklagten Hillger sprechen. Er sucht nachzuweisen, daß alle Bekundungen Hillgers bei seiner Vernehmung der Wahrheit ins Gesicht schlugen. Besonders frivol sei dessen freiwilliger Zufuß schwenken: „Ich empfinde um so mehr eine besondere Genugthuung darüber, an dieser Stelle öffentlich erklären zu können, daß ich niemals Mitarbeiter der „Lichterfelder Zeitung“ gewesen bin, da ich wohl weiß, daß man in Lichterfelde in verschiedenen Kreisen der entgegengesetzten Ansicht ist.“ Der Staatsanwalt sucht dann den Nachweis zu führen, daß Hillger eine ganze Menge Artikel für die „Lichterfelder Zeitung“ geschrieben habe, es müßten deren mindestens sieben Stück sein. Auch in der Behauptung Hillgers, er habe nicht gewußt, gegen wen die Artikel gerichtet seien, liege ein Widerspruch mit der Wahrheit.

Rechtsanwalt Dünger, der erste Verteidiger Hillgers, sucht darzulegen, daß Hillger, obgleich er vielleicht vier Notizen für das Blatt geleistet, dennoch im Gefühl der Unschuld den Eid geleistet habe und beantragt, das Nichtschuldig auszusprechen.

Hierauf nimmt Justizrat Dr. Sello für Hillger das Wort: Von Tag zu Tag wende sich die öffentliche Aufmerksamkeit mehr und mehr dieser Verhandlung zu, deren Ausgang für den Angekl. Hillger selbst, dessen Frau und Familie von vitaler Bedeutung sei, bei welcher aber auch Fragen des öffentlichen Interesses auf dem Spiele stehen und doch auch berührt werden müßten, ob in Lichterfelde die Selbstverwaltung so unbedingt tadelloß sei, wie der Staatsanwalt behauptet. Die Verteidigung nehme keinen Anstand zu erklären, daß sie in der Presse, um die es sich hier handle, durchaus auf Seiten der angegriffenen Selbstverwaltung stehe und daß sie alles das, was in den Artikeln der „Lichterfelder Zeitung“ an häßlichen Angriffen gegen den Bürgermeister Schulz veröffentlicht worden, für kläglich, kläglich und nochmals kläglich halte. Aber eine andre Frage sei es, ob die Leute, die in diesem Kampf eingegriffen haben, mit zulänglichen geistigen und sonstigen Mitteln operiert haben und ob nicht systematisch die öffentliche Meinung zu Ungunsten Hillgers herabgedrückt worden sei. Der erste Anker im Streite sei der Schöffe Lange gewesen, in dessen ganzer Ansage die polemische Tendenz, das Verurteilen auf Grund unkontrollierbarer und vorurteilvoller Behauptungen greifbar hervortrat. Auch aus dem Zeugnis des Pfarrers Stolte, der seinen sogenannten Trostbesuch in der Hillgerischen Wohnung gewiss in wohlmeinendster Absicht gemacht hat, gehe besonderes Wohlwollen nicht hervor. Dann denke man an die wiederholten Demagogien, die der Rektor Hillger der verschiedensten Veranlassungen an den minimalsten Dingen beschuldigen oder daran, daß gegen die ganz bestimmte Meinung der Regierung zu Potsdam die den Angeklagten tief kränkelnden Dienstvorschriften in einer Weise belannt gemacht wurden, die ihn bloßstellen mußten, oder an das absolut Ungeübliche, daß die Polizeiverwaltung bei Erstattung einer Strafanzeige gleich eidesstattliche Versicherungen beilegte, um derselben ein größeres Gewicht zu verleihen. Das sehe doch der versündete Beeinflussung des Richters sehr ähnlich und es erscheine doch fast ungläublich, daß man jemand fürsofortlich in das Untersuchungsgefängnis werft, um ihn „vor dem Selbstmorde zu bewahren“. Ebenso befremdlich sei die Handhabung der Hausdurchsuchung, bei der der Steuersekretär Schrapel Funktionen ausgeübt hat, die nach dem Gesetz nur dem ordentlichen Richter zustehen. Der gegen die Polizeiverwaltung von Groß-Lichterfelde erhobene Vorwurf, daß sie bei der Hausdurchsuchung vom 8. Juli u. g. e. l. i. c. h. verfahren sei, sei nach allen Richtungen hin begründet. Wenn bei der heftigen, die Seele und den Frieden des Angeklagten zerrüttenden Heide, bei welcher der Angeklagte von allen Seiten gehetzt wurde, dieser schließlich in den letzten Jahren auch an seinem Charakter einigen Schaden nahm, so sei dies begründlich. Hier heiße es: Alles verstehen, heiße alles verzeihen! In eingehender Erörterung der Momente, die bei der Frage des Meineids in Frage kommen, betont der Redner die Unterschiede, die zwischen den Ausdrücken „Artikel“, „Material“ und „Stoff“ liegen und sucht nachzuweisen, daß der Angeklagte mit vollem Recht unter seinem Eide bestritten habe, Artikel für das Blatt geschrieben zu haben. Redner legt in interessanter Beweisführung dar, daß der Angeklagte Hillger auch in den allgemeinen Zeilen den Eid nur dahin geleistet habe, daß er nicht Mitarbeiter der „Lichterfelder Zeitung“ sei. Dazu sei er berechtigt gewesen, denn es sei nur nachgewiesen, daß er im Lauf von etwa 7 Jahren etwa 10 Notizen für das Blatt geliefert habe. Der Verteidiger stützt sich bei dieser Beweisführung vornehmlich auf das urkundliche Material, wie es in dem sorgfältig überlegten Bericht des Regierungsassessors Lange an die königliche Regierung vorhanden sei.

Justizrat Dr. Sello kam nach eingehender Würdigung aller sonstigen noch in Betracht kommenden Momente zu dem Schluß, daß Rektor Hillger einen Meineid bei seiner Hauptbefragung nicht geleistet habe und die Nachtragsausfrage offenbar eine ganz unbedeutende und so flüchtige Episode gewesen sei, daß das Protokoll nicht einmal etwas von einer nachträglichen Versicherung enthalte. Dies könne nicht durch drei oder vier Zeugen erlegt werden, die dem Angeklagten böse gestimmt und in die Verhandlung mit der Ueberzeugung gegangen seien, daß „etwas passieren“ werde. Sollte das möglich sein, dann würde man für eine geordnete Rechtspflege jeden Boden unter den Füßen verlieren.

In der zehnten Abendstunde begannen die ausführlichen Plaidoyers des Justizrats Dr. Cassel und des Rechtsanwalts Dr. Löwenthein für völlige Freisprechung des Angeklagten Dr. Klein.

Gewerkschaftliches.

Feinde des sozialen Friedens.

Wie unsere Leser wissen, ist kürzlich ein Anstand in der Brennerabteilung der Metallwarenfabrik von Spinn u. Sohn durch Verhandlung vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts beigelegt worden. Hätte diese Verhandlung nicht stattgefunden, dann bestände der Konflikt vielleicht heute noch, der in der Fabrik bestand zwischen dem leitenden Direktor und den Arbeitern der Meister, der eigenmächtig Accordabzüge auf einige Artikel gemacht hatte, was der Direktor gar nicht billigte. Erst vor dem Einigungsamt kamen diese Dinge zur Kenntnis des Direktors, und das trug in hohem Maße zum Zustandekommen der Einigung bei. Diese ist also dem Umstand zu danken, daß sich der Vertreter der Firma und die Vertreter der Arbeiter auf dem neutralen Boden des Gewerbegerichts unter unparteiischer Leitung Auge um Auge gegenüberstanden. Jedermann, dem es ernst ist mit der Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter, jeder, der bestehende Konflikte nicht verschärft und die Gegensätze nicht auf die Spitze getrieben zu sehen wünscht, müßte es mit Freuden begrüßen, daß in dem vorliegenden Falle ein Lohnstreik zur Zufriedenheit beider Teile gütlich beigelegt worden ist. Nicht so der vom Kommerzienrat Kühnemann geleitete unheimlich bekannte Verband der Metallindustriellen, dessen Mitglied die Firma Spinn u. Sohn ist. Der Kühnemannsche Verband hat nämlich den Direktor Scholz von der Firma Spinn u. Sohn in Strafe genommen, und den für solche Fälle hinterlegten Wechsel von erheblichem Betrage zur Zahlung präsentiert. Der Verband der Metallindustriellen terrorisiert seine Mitglieder bekanntlich in der Weise, daß er ihnen gegen hohe Strafe verbietet, in Streitfällen mit den Arbeitern vor dem Einigungsamt zu verhandeln. In diesem Falle hat die Zeitung der Kühnemannsamer dem Direktor Scholz zwar wegen der Verhandlung selbst Absolution erteilt, denn die Firma Spinn u. Sohn war in erheblicher Verlegenheit, weil Streikbrecher an Stelle der Ausständigen nicht zu haben waren, und man deshalb ein Loch zuzustopfen mußte. Aber ein andrer Grund war es, den der Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen als strafwürdiges Verbrechen ansah. Direktor Scholz hatte nämlich nichts dagegen einzuwenden, daß vor dem Einigungsamt der Vorsitzende der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Cohen, die Sache der Ausständigen vertrat, und daß er nicht darauf bestand, nur mit „seinen“ Arbeitern zu verhandeln. Dieser Verstoß gegen die „heiligsten“ Prinzipien der Kühnemannsamer mußte mit einer empfindlichen Strafe gesühnt werden. Den Frieden mit den Arbeitern, der durch sachgemäße Vertretung ihrer Interessen herbeigeführt wird, wollen die Herren Metallindustriellen nicht. Ihnen paßt nur der Friede, den sie selbst in prophanem Herrschentum den Arbeitern diktieren. — Wie wir hören, will Direktor Scholz sich der Strafverfolgung des Verbandes der Metallindustriellen nicht schweigend unterwerfen, sondern wegen der Wechselsumme klagen führen, das heißt also, sein Recht „Herr im eigenen Hause“ zu sein, gegenüber den Eingriffen des Verbandes der Metallindustriellen erstreiten.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist in Verlegenheit um tüchtige Arbeitskräfte. Durch Annoncen in den Zeitungen in Prag, Düsseldorf und andren Städten sucht er tüchtige Kammschler. Angehört der Tafelade, daß hundert tüchtige Tischler, anständige Familienväter, in Berlin arbeitslos sind, wird das Sorgen der Führer der Holzindustriellen, aus Böhmen Arbeiter herbeizulocken, gemeingefährlich. Während städtische Behörden ersucht werden, etwas zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu thun, versuchen die Herren Industriellen die Arbeitslosigkeit durch Heranziehung von Arbeiter zu vergrößern. Nun sind ja glücklicherweise die organisierten Arbeiter auch in Böhmen so weit, daß sie auf die Lockungen der Herren nicht anbeißen. Sie verständigigen ihre Landleute davon, daß die gefaschten Tischler den Berliner organisierten Holzarbeitern in den Rücken fallen sollen. Die Müßiggangigkeit der hiesigen Zunftorgane scheidet somit an der sozialpolitischen Einsicht der Arbeiter.

Die einschüßlichen Tischlermeister Berlins lehnen sich trotz der Ermahnungen der Herren Bry und Rahardt auch nicht an den Zunftnachweis mit den Entlassungsbüchern, sondern stellen Leute ein, wie sie sie bekommen und brauchen können.

Unire Arbeiterpresse in Deutschland wie im Ausland ersuchen wir, ihre Leser auf das Treiben der Berliner Holzindustriellen aufmerksam zu machen.

Arbeiter und Hausfrauen Berlins und der Vororte!

Gedenket der Freimacht der Wäderegeilen! Wieder wird ein hohes Fest gefeiert. Während aber der weitaus größte Teil der Arbeiter an den Feiertagen seine müden Glieder ausruhen und sich in der neuerwachten Natur ergehen kann, ist den Wäderegeilen auch dies noch lange nicht in allen Fällen vergönnt. Noch nicht in der Lage, durch eigenes Nachwort für eine Nacht an jedem der 3 hohen Feste die Wäderegeile zum Stillstand zu zwingen, wenden sich die Wäderegeilen auch jetzt wieder an Euch mit der Bitte, sie im Kampfe um Erlangung einer Freimacht zu unterstützen. Von einem Fest zum andren haben immer mehr Wäderegeile ihre Freimacht erhalten. Mit Eurer Hilfe werden wir es soweit bringen, daß jeder Wäderegeile eine solche bekommt. Und so ersuchen wir Euch auch diesmal: „Kauft am zweiten Feiertage keine Backwaren!“ Der Vorstand des Verbandes der Wäderegeilen (Mitgliedschaft Berlin).

Das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission bleibt am Sonnabend, den 17. Mai, nachmittags, sowie Dienstag, den 20. Mai, nachmittags geschlossen.

An sonstigen Wochentagen ist das Bureau geöffnet von morgens 9-1, nachmittags 6-8 Uhr.

Es wird daselbst Auskunft erteilt über alle gewerblichen Fragen, Unfälle, Invaliden- und Altersversicherung, über Krankenwesen und Gewerbe-Zulassung.

Beschwerden wegen mangelhafter Schuttbereitstellung und sonstigen Arbeiterbeschwerden werden ohne Kenntnis des Namens an die Behörden eingereicht.

Auch werden alle zu obigen benötigten Klagen und Schriftsätze für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen muntelliglich angefertigt.

Der Ausschuh der Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Tapezierer! Die Firma Furtwaengler in Zürich, woselbst die Kollegen sich im Auslande befinden, sucht in Berlin Gesellen. Wir ersuchen, den Bezug unter allen Umständen fernzuhalten. J. A.: Leo Schmidt.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im Vogtlande gewinnt wieder an Ausdehnung. Der Streik bei der Firma Gebr. Walter in Reichenbach, der am 10. Mai begann und an dem etwa 60 Personen beteiligt sind, dauert noch an. Die ausständigen Arbeiter fordern den gleichen Lohn wie in den andren Webereien. Der Betriebsinhaber zeigte noch kein Entgegenkommen. Da der Betrieb außerhalb des Stadbezirks liegt, konnte das Gewerbegericht Reichenbach als Einigungsamt nicht angerufen werden. In den andren Baumwoll- und Streichgarn-Webereien sind die Arbeiter mit gutem Erfolg vorstellig geworden.

Die Moquetteweber der Firma Scheffner Sohn in Elberfeld befinden sich seit acht Wochen im Auslande. Eine Verhandlung des Streiks ist noch nicht abzusehen, da die Firma jeden Einigungsversuch zurückweist. Die Ausständigen ersuchen die Textilarbeiter allerorts, den Streik in Elberfeld zu beachten und denselben moralisch und materiell zu unterstützen.

Buchbinder, Kartonnagen- und Galanterie-Arbeiter. Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen der Firma Auhöck u. Comp. in Götting wegen ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Buchbinder-Verband gekündigt worden sind, und daß deshalb der Bezug nach der genannten Firma unter allen Umständen fernzuhalten ist. Häßliche Götting des deutschen Buchbinder-Verbandes.

Der Streik der Ziehmachen in Kiel ist beendet. Am Mittwochnachmittag ist es gelungen, mit den Arbeitgebern eine Einigung zu erzielen. Die Meister haben sich damit einverstanden erklärt, daß der von ihnen verlangte Passus bezüglich der geringeren Bezahlung minderwertiger Arbeiter aus dem Tarif fortbleibt.

Die Maurer in Luedslburg streiken bereits seit 5 Wochen. Dieser Tage hatte der Bürgermeister beide Parteien zu Einigungs-Verhandlungen eingeladen. Die Unternehmer waren zwar gekommen, als sie aber sahen, daß auch die Vertreter der Streikenden geladen und erschienen waren, erklärten sie, ganz erfüllt vom Herren-dankel: „Persönliche Unterhandlungen giebt es nicht. Soll Frieden eintreten, dann müssen die Arbeitnehmer zu den von uns gestellten Bedingungen die Arbeit aufnehmen.“ Die Streikenden dankten natürlich gar nicht daran, sich der Diktatur der Unternehmer zu unterwerfen, denn sie glauben, den Kampf noch lange auszuhalten zu können. Der Bürgermeister will jedoch nochmals versuchen, eine Einigung herbeizuführen.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Krimmitschau am 14. d. M., wurden die vom Gewerkschafts-Komitee aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten mit 630 Stimmen gewählt. Bei der Wahl im Jahre 1899 wurden 481 Stimmen abgegeben. Arbeitgeber-Kandidaten hatte das Kartell nicht aufgestellt.

Ausland.

Die bangewerblichen Arbeiter in Haag haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben eine Niederlage erlitten, die, wie „Het Volk“ urteilt, den Mangel an der nötigen Vorbereitung und an Geldmitteln zuzuschreiben ist.

Die „Niederländische Vereinigung des Eisen- und Straßenbahn-Personals“ hat dieser Tage ihre Jahresversammlung zu Amstern abgehalten. Vertreten waren 23 Abteilungen der Organisation mit zusammen ca. 2000 Mitgliedern. Beschlossen wurde unter andren, den internationalen Transportarbeiter-Kongress in Stockholm zu beschicken.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wechselräuber.

Wohum, 10. Mai. (W. H.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Maler Adolf Klein, welchen 370 Wechsel-fälschungen zur Last gelegt wurden, zu zehn Jahren Zuchthaus und sieben Jahren Ehrverlust.

Skandal-Chronik.

Dresden, 16. Mai. (W. H.) Nach einer Mitteilung der Polizeidirektion haben dieser Tage 65 Verhaftungen von Personen aus Dresden und Umgegend wegen Verbrechen gegen das keimende Leben stattgefunden. Heute wurden noch acht Frauen wegen desselben Verbrechens verhaftet. Eine große Anzahl dieser Personen ist zeitweilig geistlich geschädigt. Drei Frauen sind infolge der verbrecherischen Handlungen gestorben.

Zum Wahrheitskampf in Schweden.

Stockholm, 10. Mai. (W. T. W.) Heute abend erschienen außer dem Regierungsorgan keine Zeitungen. Wegen des Ausstandes der Maschinen und des Hilfspersonals der Theater sind die Vorstellungen aufgehoben. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes streiken ebenfalls, dagegen werden die Wasserwerke vom Streik nicht berührt.

Streik der Wehrpflichtigen in Finnland.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Aus Helsingfors meldet die „Frankfurter Zeitung“: In den meisten Gebieten des Gouvernements Meborg fand sich keiner der Gestellungspflichtigen vor der Wehrpflichtkommission ein. Den Gestellungspflichtigen aus dem Reichspiel Vorga wurde mitgeteilt, daß die Einberufung auf den 16. Mai verschoben sei. Von 108 Gestellungspflichtigen hatten sich dort beinahe ausschließlich nur 10 eingefunden und eine Verpflichtung fand nicht statt.

Rohlenarbeiter-Streik.

Frankfurt a. M., 16. Mai. (W. H.) Der „Frankf. Zeitung“ wird aus New York telegraphiert: Die Bergleute im Haupt-Rohlengebiet beschlossen, den Streik zu beginnen. Die Arbeitgeber sind auf ein langes Stillliegen der Arbeit vorbereitet, da eine Umneue-Waggons mit Kohlen gefüllt sowie große Vorräte aufgespeichert sind.

Speyer, 16. Mai. (W. T. W.) In der vergangenen Nacht wurde ein Wagen eines Hochzeitiges aus Lachen-Speyerdorf von einem aus Gernersheim entweichenden Eisenbahnzuge überfahren. Vier Personen waren sofort tot, eine fünfte starb nach einigen Stunden.

Budapest, 16. Mai. (W. T. W.) Nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses begaben sich mehrere Mitglieder der Reichspartei in die Sitzung des Peerredauschusses der Delegationen und nahmen in den Västen Platz, was großes Erstaunen hervorrief. Der Präsident des Ausschusses, Graf Szapary, schloß sofort die Sitzung. Delegierter Anstosch erhob hiergegen Einspruch und bemerkte, daß die Abgeordneten sich so lange für berechtigt hielten, den Ausschus-sitzungen der Delegationen beizuwohnen, als nicht eine kompetente Entscheidung getroffen sei.

Öbz, 16. Mai. (W. H.) Der Obmann des hiesigen social-demokratischen Arbeitervereins, Josef Candull und dessen Ge-liebte, haben sich, nachdem sie vorher ihre Hände mit einem Taschentuch zusammengedrückt, in den Honzo gestürzt und sind ertrunken. Candull erklärt in einem hinterlassenen Briefe, daß er den Selbst-mord aus Rührung darüber verübt habe, daß er wegen einer Ehren-beleidigung zu 2 1/2 Monaten Kerker verurteilt worden sei.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 16. Mai 1902.

Der Verlauf der letzten Börsenwoche zeigte noch deutlicher als sonst, wie völlig energieelos die Berliner Börse im Schlepptau der großen ausländischen Börsen treibt, vornehmlich der New Yorker. Jede drüben eintretende Abschwächung oder Verstärkung, jede wichtigere Notierungsverschiebung fand hier sofort am nächsten Tage ihre Entsprechung in der Richtung der Kursbewegung, und zwar nicht nur soweit amerikanische Werte oder von der amerikanischen Geschäftslage direkt abhängige Papiere in Frage kamen, wie zum Beispiel die Aktien der Kanadapazifikbahn, die getreulich hier dieselbe Auf- und Abwärtsbewegung wiederholten, die New York meldete, sondern auch was die Gesamtstimmung, Stimmung und Verteilung, anbetrifft. Eine Tatsache, die, wenn man das relativ bescheidene deutsche Engagement in amerikanischen Werten berücksichtigt, deutlich zeigt, daß, so wenig auch manche dies offen zugeben wollen, eine allgemeine Furcht vor einem Umschlag der amerikanischen Konjunktur vorhanden ist.

Zum Vergleich zu diesem Einfluß New Yorks trat der Einfluß der Wiener Börse weniger hervor, wenigstens natürlich die Erklärung des österreichischen Eisenbahnministers v. Wittel im Abgeordnetenhaus über die beabsichtigte unsuccessvolle Verstaatlichung der Privatbahnen auch hier in Uebereinstimmung mit Wien günstig auf den Kursstand österreichischer Bahn- und Bankaktien wirkte. Und ebenso wenig vermochten die Nachrichten über die Friedensverhandlungen in Pretoria, die zu Anfang der Woche recht pessimistisch, gestern dagegen wieder mal als sehr günstig aufgefaßt wurden, irgend welchen tieferen Eindruck auf den Geschäftverkehr zu machen. Wie in voriger Woche herrschte auch in dieser intensiven Geschäftstille; die Umsätze blieben äußerst gering — und zieht man das Resultat aus den Kurschwankungen der Berichtswochen, ergeben sich schließlich nur ganz unbedeutliche Verschiebungen.

Einen größeren Anwerdengang erlitten nur die Aktien der Dortmund-Union auf Grund des in Nr. 110 des „Vorwärts“ kurz mitgeteilten Reorganisationsprojekts, obgleich die Disconto-Gesellschaft, um den Kurs zu halten, zu größeren Interventionsläufen griff. Die mißliche Lage der Dortmund-Union, die, seit sie im Gründungsjahr 1872 aus der Vereinigung der Dortmund-Hütte mit der Henrichshütte in Gattlingen und Neufeldhausen in Ostpreußen sowie der Zeche Glöckchen hervorgegangen ist, nicht weniger als fünf größere „Sanierungen“ durchgemacht hat, gilt keineswegs durch die jetzt beschlossene Zusammenlegung der Aktien und die Abtrennung der Henrichshütte als beseitigt — und mit Recht. Wenigstens für die Gesellschaft selbst oder richtiger für die Aktionäre kommt bei der ganzen Rekonstruktion nichts Erfreuliches heraus. Von dem Aktienkapital werden 16 800 000 Mark abgeschrieben (davon 6 1/2 Millionen Mark auf die Henrichshütte), wodurch dieses auf 25 200 000 Mark reduziert wird; dafür aber werden 10 800 000 Mark fünfprozentige Vorzugsaktien wieder auszugeben, so daß das Aktienkapital doch wieder auf 36 Millionen Mark steigt. Von diesen 10 800 000 Mark erhält aber die Gesellschaft nichts; sie sind zur Bezahlung der Bankschulden bei der Disconto-Gesellschaft bestimmt, die ferner 2 800 000 Mark an neu auszugebenden vierprozentigen Obligationen und schließlich noch 3 500 000 Mark aus dem Erlöse für die Aktien der neuzugründenden Aktiengesellschaft „Henrichshütte“ erhält, also im ganzen über 17 Millionen Mark. Und auch die übrigen 6 1/2 Millionen Mark aus dem Erlöse für die Henrichshütten-Aktien verbleiben der Gesellschaft nicht; sie sollen zur Einlösung eines Teils der hundertfachen Schulden dienen.

Das Ergebnis der Sanierung ist also, daß das Aktienkapital sich wenig verringert und nur der größte Teil der Bankschulden bei der Disconto-Gesellschaft abgestoßen wird, dafür aber die Henrichshütte nebst den vorhandenen Magazinbeständen z. verlorren geht, und zwar nachdem vorher noch 6 1/2 Millionen Mark von der Henrichshütte, die 1872 für 15 Millionen Mark angekauft wurde und jetzt mit 13 Millionen Mark zu Buch steht, abgeschrieben worden sind, nachdem also ihr Wert auf 6 1/2 Millionen Mark herabgesetzt worden ist. Eigentlich sollte man diese sogenannte „Reorganisation“ eine Sanierung der Henrichshütte, nicht aber der Dortmund-Union nennen, denn was durch die projektierten Maßnahmen flott wird, ist nicht die Union, sondern die Henrichshütte, die sich auf der neuen Grundlage später zu einem recht vorteilhaften Unternehmen entwickeln kann, woran aber dann die Union nicht mehr partizipiert.

Ware Mittel erlangt also wieder die Dortmund-Union noch die neue Aktiengesellschaft Henrichshütte. Und selbst die Bankschulden der Union sind mit der obigen Summe noch nicht beglichen. Genauer über die Höhe dieser Schulden erfährt man zwar nicht, der Verwaltung beliebt es, darüber zu schweigen, aber nach der letzten Bilanz zu urteilen, werden es wohl noch ein paar Millionen sein; und dazu kommen ca. 4—5 Millionen Schulden an verschiedene andre Kreditoren und etwa 17 Millionen Mark hundertfachen Schulden. Die Folge kann nur sein, daß sich die Union und auch die Henrichshütte bald zu neuem Schuldenmachen gedrängt sehen wird. Dagegen macht die Disconto-Gesellschaft ein extra-feines Geschäft. Sie erhält über 17 Millionen Schulden bezahlt, die Dortmund-Union wie die Henrichshütte bleiben von ihr abhängig und müssen sich bald zu neuem Kump bei ihr einfinden, und ferner erhebt sich bei der Emission der neuen Henrichshütte-Aktien und der 10 800 000 Vorzugsaktien ein netter Profit, umso mehr als die Aktien nur zum geringen Teil von dem ihnen eingeräumten beschränkten Bezugsrecht Gebrauch machen dürfen. So eine Sanierungskur ist wirklich eine feine Sache — für Kartäuser.

Neben den ungünstigen Saatensandmeldungen aus den westlichen Getreidegebieten und den Preisabschwüngen auf dem Baumwollmarkt war es vornehmlich der am Montag angebrochene Streik in den pennsylvanischen Anthracit-Bergwerken, der in den letzten Tagen zu der unsicheren, schwachen Haltung der New Yorker Fondsbörse beitrug. Soweit sich aus den bisher herübergedrungenen, sich gegenseitig widersprechenden Mitteilungen ersehen läßt, erstreckt sich zwar der Streik bis jetzt nur auf das Anthracitkohlen-Revier Ost-pennsylvaniens, bei der Bedeutung der dortigen Lager als Versorgungsreserve der pennsylvanischen Eisen- und Stahl-Industrie ist aber, vorausgesetzt, daß der Streik längere Zeit andauert, immerhin von ihm eine erste Schädigung der nordamerikanischen Industrie zu befürchten; und zudem scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß der Streik aus dem Hartkohlen-Revier, das etwa zu drei Vierteln im Besitz mehrerer großer Eisenbahn-Gesellschaften ist, auf das größere pennsylvanische Weichkohlenrevier übergreift. Rangiert auch, was die Ausdehnung anbetrifft, das Kohlen-areal pennsylvaniens erst an siebenter Stelle, so liefert es doch mehr als die Hälfte der gesamten Kohlenausbeute der Vereinigten Staaten. Im Jahre 1900 wurden von den 241 Mill. Tons (a 2000 engl. Pfund), die insgesamt in der Union gefördert wurden, allein 182 Millionen Tons in pennsylvanien gewonnen.

Kuhrt dem pennsylvanischen Anthracit-Kohlenrevier, in welchem etwa 160 000 Grubenarbeiter beschäftigt sein mögen, von denen nach der Angabe des Vorsitzenden des Vereinigten Grubenarbeiter-Berandes (United Mine Workers Union) an 140 000 streiken sollen, befinden sich im Gebiete der Vereinigten Staaten nur noch größere Anthracitlager an der Grenze zwischen Nord-Carolina und Virginia. Dagegen sind die gewöhnliche, bituminöse Steinkohle enthaltenden Kohlenreviere weit größer und verstreuter. Das wichtigste dieser, das Appalachenrevier, von dem man einen nördlichen und südlichen Teil unterscheidet, erstreckt sich nach den Angaben des „Coal Trade Journal“ in einer Länge von 550 amerikanischen Meilen (1 Meile = 1609 Meter) von Nord-pennsylvanien bis in die Mitte von Alabama. Es durchzieht neun Staaten mit annähernd 70 800 amerikanischen Quadratmeilen überhaupt kohlenhaltigem Areal, wovon 75 Proz. abbauwürdige Kohle führen. Das nördliche Revier (Michigan-Revier) im Staate Michigan ist

11 000 Quadratmeilen groß. Das westliche Innerevire (Illinois-Revier), das sich über die Staaten Indiana, Illinois und Kentucky erstreckt, umfaßt 68 000 Quadratmeilen Kohlenboden, wovon circa 55 Proz. abbauwürdig sind. Das westliche Innere (Missouri-) und das südwestliche (Texas-) Revier werden gebildet durch eine Reihe kohlenhaltiger Gebirgszüge und reichen von Nord-Texas bis nach der Mitte von Texas mit einer Länge von 880 Meilen und einem Umfang von 94 000 Quadratmeilen.

Das Rocky Mountainrevier zieht sich mit 1200 Meilen Länge und 43 610 Quadratmeilen Ausdehnung von der kanadischen Grenze nach Südosten. Das San Carlos-Revier in der Gegend von El Paso (Texas) und das Eagle Pass Revier, welches sich in einer Länge von ungefähr 75 Meilen vom Distrikt El Paso (Texas) bis zum Rio Grande erstreckt und quer durch Mexiko erstreckt, gehören eigentlich mit zum Rocky Mountainrevier. Die Pacificen Küstenreviere umfassen ein Kohlenareal von ungefähr 1000 Quadratmeilen, mit den bedeutendsten Gruben in Washington und einigen im westlichen Oregon sowie im mittleren und südlichen Teile Kaliforniens.

Während seit Wochen im Ruhrkohlen-Revier Arbeiterentlassungen stattgefunden und auch in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie im ganzen wenig von einer Besserung der Geschäftslage zu verspüren ist, ja in einzelnen Branchen sich sogar gegenüber der Situation von vor 6—8 Wochen eine Verschlechterung konstatieren läßt, nimmt in der ebenfalls von der Krise betroffenen Textilindustrie schon seit einigen Monaten die Beschäftigung stetig, wenn auch in manchen Bezirken nur recht langsam, zu. Relativ guter Geschäftsgang wird aus den sächsischen Textilgebieten, speziell aus Chemnitz, berichtet, und ebenso schreitet die Textilindustrie des Wuppertals wieder vorwärts. Wie sehr die Krise aber auch hier das Geschäftsleben beeinträchtigt hat, zeigt der soeben erschienene umfangreiche Jahresbericht der Handelskammer für Barmen. Es heißt dort in einem Ueberblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage, nachdem konstatiert worden ist, daß der Barmer Bezirk noch verhältnismäßig am wenigsten unter der allgemeinen geschäftlichen Depression gelitten hat: „So sehr es auch auf fast allen Gebieten unseres vielfach getheilten wirtschaftlichen Lebens an Arbeit mangelte und die Betriebe infolgedessen eingeschränkt werden mußten, so konnten doch Massenentlassungen von Arbeitern, das untrügliche Zeichen des Niederganges, in unserem Thale vermieden werden.“

Den sichersten Beleg für das Gesagte bietet die berufsgenossenschaftliche Statistik. Danach ist die Zahl der in der Textilindustrie unseres Bezirkes im Jahre 1901 durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, die seit Jahren stets eine Steigerung zeigte, nur um rund 400 zurückgegangen, während die Löhne eine Abnahme von rund 600 000 Mark aufwiesen. So bedauerlich legiere Thatsache ist, so beweist der verhältnismäßig geringe Rückgang der Zahl der beschäftigt gebliebenen Arbeiter, wie sehr unsere Industriellen bemüht waren, den althergebrachten Arbeiterstand, wenn auch in beschränktem Umfang, in Beschäftigung zu halten. . . . Von den beiden Hauptfaktoren unserer Textilindustrie hat die Handweberei mehr gelitten als die Nennendreherei, die wenigstens einigermaßen beschäftigt war, während jene, namentlich die Hausindustrie, das ganze Jahr hindurch in mißlicher Lage sich befunden hat. Von den sonstigen Zweigen der Textilindustrie waren die Eisenwaren-Fabriken noch am besten beschäftigt, während die mechanischen Webereien, die Stahlfabrikationen, die Tüllschrotwaren- und alle sonstigen Färbereien und Webereien unter der Ungunst der Verhältnisse sehr zu leiden hatten.“

Zurückgeführt wird die schlechte Geschäftslage in der Hauptsache auf den von der Eisenindustrie ausgehenden allgemeinen Rückschlag, den ungünstigen Einfluß des südafrikanischen Krieges auf den Handel nach England, die Wirren in China, die Zollabschließung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Erstarkung der Textilindustrie in deren Gebiet. Die berechnete der letztgenannte Grund ist, zeigt eine kürzlich von der amerikanischen Fachzeitung „The Tradesman“ gebotene Uebersicht über die Zunahme der amerikanischen Textilfabriken während der letzten sechs Jahre. Nach dieser Zusammenstellung wurden in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie errichtet:

Table with 6 columns: Branche, 1901, 1900, 1901, 1900, 1901, 1900. Rows include Baumwollwaren, Wollwaren, Strumpfwaren, Seidenwaren, Waren verschiedener Art, and a total row.

Sociales.

Das neue Gewerbegerichts-Staat für Gattlingen (Nür) hat die Proportionalwahl festgestellt. Außerdem ist bestimmt, daß die Wahl Sonntags vorgenommen wird.

Eine verschlehte Gründung. Nach dem Emswalder Weberstreik wurde dort eine Genossenschaftsweberei gegründet, die auf Handweberei beruhte. Jetzt muß die Genossenschaft bereits wieder liquidieren; nach Verkauf der bedeutenden Lagerbestände wird sie aufgelöst werden.

Gegen den Achtstundentag. Der sächsische Landtag hatte sich kürzlich mit einer Petition der Bergarbeiter zu beschäftigen, in der auch die gesetzliche Achtstundenschicht gefordert wird. Natürlich fanden die Wünsche der Bergarbeiter keine Berücksichtigung bei dieser Klassenvertretung. Einen ganz besonderen Grund, der den Reiz der Neuheit für sich hat, führte die Erste Kammer gegen den Achtstundentag ins Feld. Es sei bemerkt,

„daß überall dort, wo die längste Schichtzeit besteht, wo außerdem die meisten Ueberstunden verfahren werden, sich die wenigsten Unglücksfälle ereignen!“

Das steht, wie der „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ berichtet wird, gedruckt in dem Deputationsbericht der Ersten Kammer. Wo mögen diese Verurtheile ihre Weisheit her beziehen! Doch nicht etwa aus dem königlichen Steinkohlenwerke Zankerode, auf dem die Achtstundenschicht für die Untertagearbeiter besteht?

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg hielt am 14. d. M. Herr Ingenieur Paul Grempe einen Vortrag über Velektungsweisen. Unter Vereinstangelegenheiten wurde beschlossen, am Montag, den 2. Feiertag, einen Familien-Ausflug nach Eichlam bei Halensee zu machen. Abmarsch früh 9 Uhr von der Apostel-Parkstraße, Brunenwald und Magienstr.-Ecke, für Nachzügler nachmittags 2 Uhr, im Lokale Eichlam, nahe der Haltestelle Eichlam. Die Mitglieder von Wilmerdors finden sich um 1/10 Uhr in Wittes Volksgarten ein. Bei ungenügender Witterung findet der Ausflug am 3. Feiertag statt. — Ferner wurde beschlossen, das 2. Stiftungsfest des Vereins am 12. Juli im Obfischen Lokale abzuhalten.

Frauenbildung. In Hamburg wird demnächst eine staatliche Fortbildungsschule für weibliche Handlungsbefähigte eröffnet werden. Das Schulgeld ist auf nur 6 M. für ein halbes Jahr festgesetzt.

„Die Arbeiterinnen- und die Frauenfrage der Gegenwart“, die bekannte Broschüre der Genossin Petlin, ist vom Allgemeinen sächsischen Arbeiterbunde in Litauen, Polen und Rußland überfetzt worden und wird von dieser Organisation als Agitationsbroschüre zur Gewinnung der Frauen vertrieben.

Lokales.

Frostige Pfingsten.

Januar noch rauhes, unfreundliches Wetter. Die drei Eisheiligen sind von dannen gezogen, aber an ihren Nachfolgern kann man sich auch nicht die Hände wärmen. Bei solcher Unzuverlässigkeit muß auch das frömmste Gemüt die Beziehungen, welche die Gelben der Kirchengeschichte zur Meteorologie haben sollen, für getrübt erklären und im alten Glauben wandeln werden.

Ueber ganz Nordeuropa erstreckt sich die Kälte. Während jenseits der grauen Wasserwüste die Vulkanen sich ausstoben und eine Stadt um die andre in feuriger Glut versengen, rückt uns eine sehr frostige Kalamität näher. Die infame Kälte soll nämlich in einer Massenwanderung der arktischen Eisberge ihre Ursache haben. Schon ist die Nordsee voll von diesen Ungeheuern und noch ist nicht abzusehen, wo sie bleiben werden. Man vernehme folgenden Witterungsbericht aus dem Nordwesten unsres Erdensinkels:

In Westmoreland und andern Teilen Nord-Englands und Schottlands sind wieder beträchtliche Schneefälle eingetreten. In Wales sind seit Montag früh die Berge gleichfalls mit Schnee bedeckt. In der Nordsee treiben eine ungemene große Zahl von Eisbergen. Die Schifffahrt ist, namentlich der schottischen Küste entlang, gefährlich geworden und sind bereits einige Schiffe, infolge von Zusammenstoßen mit den großen Eismassen, untergegangen. Das für die Jahreszeit ungewöhnlich kalte Wetter wird mit diesen unerbetenen Gästen aus dem Polarkreise in Zusammenhang gebracht. In Kent gab es während der letzten Nächte starke Fröste, die an den blühenden Obstbäumen im Garten Englands großen Schaden angerichtet haben. Die Pflanzenwelt ist überhaupt im ganzen Lande in der Entwicklung aufhältig zurückgeblieben, und es laufen viele Klagen über Futtermangel für das Viehvieh ein. In Worgate wurde Montagvormittag bei hellem klarem Wetter die Bildung einer dunklen Wolke bemerkt, die sich zusammenballte und etwa eine halbe Seemeile vom Ufer entfernt ans Wasser niederstie. Plötzlich erfolgte ein Blitzschlag, und im nächsten Augenblick sah man eine Wasserhose, die wohl 300 Fuß hoch gegen Osten zu über das Meer weiterzog. Etwa eine Meile von der Mole entfernt plagte die Wasserhose, und der Himmel war wieder ganz hell und klar.

Wachen die Eisberge in ihrem Drange nach Süden die Flußläufe Deutschlands unsicher, so können wir zu Pfingsten noch etwas erleben. Glücklich dann jeder, der seinen Winterüberzieher noch nicht ins Leibhaus gebracht hat. Die reichshauptstädtische Menschheit wird in den festgelegten dem ländlichen Grunde voraussichtlich auf zwei Wegen begegnen. Der kleinere noch am konservativen Prinzip des Alkohols hängende Bruchteil der Berliner schließt sich durch Croq vor dem Maßliester. Die Masse der Abstinenzler trinkt jedoch heißen Tee. Ein kleiner Schuß Rum soll auch hierzu nicht schädlich sein.

Die Parteigenossen der Rosenhaler Vorstadt und des Grünbrunnens veraukteten am zweiten Pfingsttage bei Paulschmiede, Bahstr. 16, ein großes Frühkonzert, an welchem der Gesangsverein „Lied“ mitwirkte. Das Konzert beginnt morgen 4 Uhr; die Eintrittskarten kosten 25 Pf.

Der Magistrat vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Der Berliner Magistrat hatte am 17. Mai 1901 beschlossen, den auf Lebenszeit angestellten und pensionsberechtigten Magistrats-Assessoren die Amtsbezeichnung Magistratsrat beizulegen. Ferner wurde den beiden Vorstandsbeamten der Alters- und Invalidenversicherungs-Anstalt Berlin, den Herren Dr. Freund und Schäfer, die Bezeichnung „Direktor“ sowie dem Gewerbebericht v. Schulz die Bezeichnung „Direktor des Berliner Gewerbeberichts“ für die Dauer des Verbleibens in ihren jetzigen Stellungen verliehen. — Der Oberpräsident beantragte im Antrage des Ministeriums das Recht des Magistrats hierzu, indem er geltend machte, es handele sich um eine Titelverleihung im engeren Sinne, die ein Recht der Krone sei, und nicht bloß um eine andre Amtsbenennung, die die amtliche Stellung der Leute kennzeichnen solle. Darauf beantragte der Oberbürgermeister auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes den Beschluß des Magistrats. Nunmehr klagte der Magistrat gegen den Oberbürgermeister beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dem am Freitag, den 16. Mai, in der Sache verhandelt wurde. Der Oberbürgermeister war unvertreten, den Magistrat vertrat Justizrat Liebenthal und das Ministerium hatte als Kommissar den Regierungsrat Dr. Droste gesandt. Justizrat Liebenthal machte in längeren Ausführungen geltend, daß hier nur besondere Amtsbezeichnungen vom Magistrat geschaffen worden seien, wie es das Recht jeder Privatperson, namentlich aber aller öffentlichen Korporationen sei. In eine persönliche Auszeichnung sei durchaus nicht gedacht worden. Regierungsrat Dr. Droste plädierte in sehr langer Rede für die Abweisung der Klage.

Das Ober-Verwaltungsgericht beschloß, die Entscheidung der Sache anzufügen und das Urteil den Parteien schriftlich zuzustellen.

Das Charlottenburger Volkshaus, das in der Rosinenstr. 3, liegt an der Berliner Straße, der Fortsetzung der Tiergartenallee, gelegen ist, wird zum Pfingstfest auch das Ziel mancher Berliner Genossen sein. Am ersten Feiertage giebt der Gesangsverein „Vorwärts“ ein Frühkonzert. Am Nachmittage treffen sich die Genossen zu einem gemüthlichen Beisammensein, bei dem für gute Musik gesorgt ist. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr nachmittags ab geöffnet. Für den zweiten Feiertag nachmittags ist ein Tanzkonzert geplant. Die Verpflegung ist anerkannt vorzüglich.

Die Erholungsstätten vom Roten Kreuz in der Jungfernhöhe für Männer, bei Panlow für Frauen sind wieder eröffnet und von den hiesigen Krankenkassen bereits besetzt. Wie im Vorjahre erhalten die Patienten dort Milch und Mittagessen entweder auf Kosten der anweisenden Kasse oder gegen geringes Entgelt des Besuchers. Eine weitere Erholungsstätte für Männer wird bei Eichlam, eine für Frauen am Spondauer Berg vorbereitet. Die Eisenbahn-Direktion und die Große Berliner Straßenbahn haben für Hin- und Rückfahrt namhafte Fahrermäßigungen bewilligt. Acht Tage nach Pfingsten wird ferner die Kinder-Erholungsstätte im Schönholzer Forst eröffnet werden. Ausnahme finden Kinder im schulpflichtigen Alter, jedoch nur solche ohne anscheinende Krankheiten. Bezüglich der Krankheit ist bei der Anmeldung ärztliches Zeugnis erforderlich. Die Verpflegung, welche die Kinder in der Erholungsstätte bekommen, besteht in Frühstück, Mittagessen und Abendrost nebst reichlicher Milch. Der Verpflegungslohn beträgt 50 Pf. täglich, in besonderen Ausnahmefällen 30 Pf. Zur Ueberwachung und Beschäftigung der Kinder ist eine Kinderwärterin angestellt. Anmeldungen zu sämtlichen Erholungsstätten nimmt entgegen das Bureau der Erholungsstätten vom Roten Kreuz, Leipzigerstr. 122, II., geöffnet an Wochentagen von 11—1 Uhr.

In der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist auf Eruchen des Magistrats beschlossen worden, bei der Pensionierung der sächsischen Beamten von jetzt ab nur dann das volle Gehalt zuzusichern, wenn der betreffende Beamte die 50jährige Dienstzeit ausschließlich im Dienste der Stadtgemeinde zugebracht hat. Hinsichtlich der Beamten, die in der Zwischenzeit ihr

Prozess Jacobi-Bernhard.

Der am 6. März d. J. verurteilte Prozess des Stadtverordneten Leopold Jacobi wider den Schriftsteller Georg Bernhard...

Zur Klage steht ein in der „Welt am Montag“ erschienener, von Bernhard verfasster Artikel „Der Gemeindefumpf“...

Angell. Wernhard bestätigt, daß er der Verfasser des Artikels sei und dieser auf Jacobi gerichtet sei.

Der Angeklagte Lewinski soll den Artikel unter seinem Namen verbreitet haben. Er erklärt, daß er den Artikel nur für einen Kunden geschrieben habe...

Erster Zeuge ist ein Kaufmann Benno Löwenberg.

Der über ein vor 18 Jahren vorgekommenes Geschäft, bei dem der Privatkläger unredlich gehandelt haben soll, vernommen wird.

hoch angesehen habe. Ob diese Behauptungen seines Schwagers tatsächlich begründet waren, wisse er nicht.

Jacobi ausgeliefert

worden seien. — Privatkläger Jacobi bestreitet dies. Er habe mit seinem Originalvertrag in Händen und sei bereit, diesen vorzulegen.

Pflicht der Amtüverschwiegenheit

nicht entbinde. Es kommt darüber zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Zeugen.

Ein Zwischenfall.

Während dieser Erörterungen wird gemeldet, daß der Zeuge Jacobi draußen krank geworden sei, lang daselbst und nicht vernunftfähig sei.

Die Verteidiger wollen unter keinen Umständen auf Herrn Jacobi Verzicht leisten. Rechtsanwalt Heine meint, daß die Verhandlung doch noch bis nach den Feiertagen sich hinziehen werde...

Stadtv. Wittkowski

weiß, daß in der Stadtverordneten-Versammlung Gerüchte angehaucht seien, wonach in den Filialen des Herrn Jacobi nicht alles ordnungsmäßig vorgegangen sein solle.

Der Angeklagte Bernhard bringt eine Reihe von Details vor, aus denen hervorgehen soll, daß in dem Jacobischen Geschäft zur Täuschung der Abnehmer gewisse Zanella- und Cloth-Sorten geringerer Art unter Nummern geführt würden...

Privatkläger Jacobi bestreitet diese Behauptungen, und es kommt zu längeren Auseinandersetzungen über die in der Branche geltenden Manen.

Angellagter Lewinski sucht in längerer Auslegung darzulegen, daß er selbst aus seiner früheren Tätigkeit die Behauptung des Herrn Bernhard bestätigen könne.

Mogeleien.

Privatkläger Jacobi: Wenn ein Reisender in eigenmächtiger Weise mit Hilfe der abgestempelten Nummer einen kleinen Abnehmer täuscht, so würde das einfach Betrug sein...

Ueber die Berechtigung und Nichtberechtigung eines solchen Verfahrens und die Möglichkeit, daß durch diesen Missbrauch des Publikums hervorgehoben werden können, entwickeln sich längere Auseinandersetzungen...

Als Gutachter wird Fabrikant Nagel vernommen, der Vertreter einer der größten Firmen in dieser Branche ist. Er weiß, daß vor der Konvention ein solcher Missbrauch herrschte...

Zeuge Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhand:

Er entsinne sich dunkel, daß einmal das Gerücht auftauchte, Herr Jacobi habe mit irgend einem Wucherer in irgend einer Verbindung, er kann aber bestimmtes darüber nicht sagen.

Es folgen längere Auseinandersetzungen über die weitere Prozedur. Die Verteidiger erklären, daß sie auf die Vernehmung des Zeugen Jacobi nicht verzichten können.

Rechtsanwalt Senff bittet nochmals, die Sache doch einmal einem Ende zuzuführen.

Der Gerichtshof beschließt, die Sache zu verlagern und den Zeugen Jacobi durch einen beauftragten Richter in seiner Wohnung vernommen zu lassen.

In dem neuen, noch festzusetzenden Termin muß also die ganze Verhandlung nochmals ganz von neuem begonnen werden.

Morrow Freilauf-Hinterräder. Fertige gepaunte zum Einfahren in jedes Rad. Zusammengebaut aus: Prima amerikanische Doppelstahlfelgen...

Goldwaren-Industrie Belmont & Co. EN GROS Königs-Str. 46 DETAIL. Heute bis 10 Uhr abends geöffnet.

1 Ehrenpreis 2 goldene Medaillen für hervorragende Leistungen. Elektrischer Kraftbetrieb. Grosshandel. — Export. — Versand nach allen Ländern. Goldwaren Uhren etc.



Filialen: Berlin, Chausseestraße 51 und Bekelliancestraße 98. Stettin, Magazinstrasse 2 und Goldenjollerstraße 3. Mass-Anzüge 24 und 30 M. Paletots nach Mass 22 M.

Dampfervermietung für Vereine u. Gesellschaften für halbe und ganze Tage. Zu erfragen bei Rudolf Hartel, Brühlstraße 67 a.

M. Schulmeister en gros Schneidemeister en détail. Dresdenstr. 4, Hauptstr. 143, am Kottbuser Thor, Schöneberg. Sommerpaletots von M. 13,50 an. Gehrock-Anzüge . . . 27. Rock-Anzüge . . . 23. Jackett-Anzüge . . . 15.

Gardinen. Neuheiten, Seccions- und Jugendstil. circa 250 Muster. Katalog (450 Illustr.) gratis und franco. Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Stoffresten die feinsten Roh-Anzüge unter Garantie des Gutstehens zu obigen Preisen. Engros-Restor-Handlung Bekelliancestraße 98, 1 Tr. Chausseestraße 51, 1 Tr.

Restauration Paul Scholz. Gute Pariser- und Kaiserbratze. Gutes Weiß- und Bayerisch Bier. Billard. Vereinszimmer für 30-40 Personen.

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen. Streng feste Preise.

Stroh- und Filzhüte. Strohhüte von 90 Pf. an. Weiße u. schwarze Filzhüte u. 1,90 M. an. Glatte Haarfelghüte . . . 5,50. Herren- und Knabenmützen 0,45 M. an.

M. Radtke Hutmachereister. Rein Laden. Eingang vom S.

Achtung! Anzüge, Paletots wegen zu großen Lagerbestandes verkauft unter Preis Pfl. Bernsalerstraße 8.

Konsum-Verein Berlin-Nord

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
N., Wilsdenowstr. 30. — Fernsprecher: Amt II, 2639.
Montag, 26. Mai, abends 8 Uhr, in Ballsaal des Saal, Badstraße 16:
Außerord. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die errichtete 7. Verkaufsstelle und event. Eröffnung einer Verkaufsstelle in Rauen.
2. Bericht über den Zusammenfluß der eingetragenen Genossenschaften Berlin und Umgebung.
3. Beratung und Beschlußfassung über Änderungen des Statuts.
4. Beschlußfassung über den Anschluß des Konsum-Vereins Berlin-Süd und Schöneberg.
5. Anträge nach § 13 Abs. 2 des Statuts.
6. Berichtsabend.
Der Zutritt ist nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches gestattet.
Der Vorstand. Großh. Tapezier. S. Siegel.
NB. Der Entwurf des Statuts liegt in sämtlichen Verkaufsstellen aus. — Am 1. Juni gelangt das „Frauen-Genossenschaftsblatt“ zur Einführung und wird den Mitgliedern in sämtlichen Verkaufsstellen unentgeltlich eingehändigt.
Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Donnerabend, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Die Mitglieder werden auf die §§ 3 und 4 des Statuts aufmerksam gemacht.
198/16 Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Die Auszahlung der Unterstellungen erfolgt heute 3-5 Uhr Blumenstraße 36; daselbst um 6 Uhr Vorstandssitzung. Die Entgegennahme von Beiträgen erfolgt in sämtlichen Verkaufsstellen heute abend 8-10 Uhr.
Die **Dampferpartie** findet am **29. Juni** statt.
Der Vorstand.

Sauerstoffwasser
nach ärztlicher Verordnung
grosse Flasche 10 Pf. exkl. Glas.
Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen.
Von 30 Flaschen an frei Haus.

Sellerswasser
grosse Flasche à 5 Pf. exkl. Glas.

Brauselimonaden.
Himbeer, Citronen, Waldmeister
à 10 Pf. exkl. Glas, nur aus frischen Früchten bereitet.
Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen.
Von 30 Flaschen an frei Haus.

Fruchtsäfte
Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, à Literflasche 1,30 exkl. Glas.

Citronensaft zur Kur
aus frischer Frucht à Fl. 1,50, 1,00 und 0,55 M.
Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.
Bestellungen frei Haus bitten direkt an uns zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
Fernsprecher Amt III No. 3524. 4146L*

Ueber Land und Meer
herrscht frei das Auge, wenn es durch ein gutes Fernglas unterstützt wird. Jedermann, der sich ein solches anschaffen will, sollte nicht verschmähen, die grosse Auswahl von Gläsern in dem

Institut für Präzisions-Optik
von **Ernst Riek,** Inh. Carl Buttendorf,
Berlin N., Weinbergsweg 15 b., 2. Geschäft vom Rosenhäger Thor, zu besichtigen. Das lange Bestehen dieses Geschäftes bürgt für die Güte seiner Fabrikate.
Bitte genau auf Firma und Haus No. 15 b. achten.

Triumph: Reisinglas, mittelgross, mit Etui u. Doppelriemen M. 8.-
Herkules: Leder-Etui, Riemen und Fangohr M. 10.-
Merkur: Reisinglas, gross, mit 3 Gläsern, Compas, Leder-Etui, 2 Riemen, eleg. u. verziert, extra schwarz, M. 12.-
Keine Serien, Monopol und Rapid zeichnen sich durch grosse Lichtstärke und Reinheit der Gläser aus.
Monopol: Reisinglas, gross, m. f. Leder-Etui u. Riemen, M. 16.-
Rapid: No. 1, für Theater u. Reise, M. 18.-
No. 2, Spezialglas, vorzüglich extra für grosse Katterungen M. 22.-
entw. No. 3, dasselbe grösser, M. 28.-

Achtung, Radfahrer!
Wir liefern unsere Fahrräder auf Wunsch auch mit Schwefelkautschuk oder Morrow-Freilaufnabe mit Radrüttel-Bremse. Mehrkosten nur 9 Mark.

Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Wartheustraße 19.

Güte! Herrenhüte von 1,50 an
Anabenhüte „0,75“
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen, Krawatten. 37240*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
Ecke Staligerstraße.

Café Bellevue - Rummelsburg am See.
Gründungsfeier des vollständig neu renovierten Etablissements.
Hoher schattiger Garten bis 5000 Personen fassend. Angenehmer Aufenthalt. 2655*

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Früh- u. Nachmittags-Konzert.
In den Sälen: Grosser Ball, 2 Kegelbahnen.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Herrschaften von 2-6 Uhr zur Verfügung. Gute Küche. Kulante Bedienung.
F. B.: Friedrich Duhov.

4. Wahlkreis (Südost).
Sonntag, den 18. Mai 1902 (erster Pfingstfeiertag):
Frühkonzert
Joëls Victoria-Garten u. Ludwigs Park-Restaurant,
Trepow, Köpnicke Landstraße.
Anfang 4 Uhr. Billet 20 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet Das Komitee.



Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag: **Grosses Früh-Konzert**
(2. Festtag mit gütiger Mithilfe der Wessensoor Liedertafel.) Beginn 6 Uhr. — Entree 10 Pf.

Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag } **Gr. Promenaden-Militär-Konzert,**
nachmittags ab 4 Uhr
Musikkorps des 3. Garde-Field-Artillerie-Regiments, **Stabstrompeter Spiegelberg,**
und zweimaliges Auftreten des in seinen hervorragenden Kunstleistungen auf 75 Meter hohem Turmstiel berühmten (zweites Auftreten verbunden mit „Original-Niagara-Trios“ **Großem Kunst-Feuerverk.**)
Außerdem am 2. Festtag erst: **Hamburger Sänger (Steidl, Wolf & Co.)**
mehrfaches Auftreten der beliebten

Am 3. Feiertag: **Gr. Konzert, Hamburger Sänger,**
„Original-Niagara-Trio“ etc. wie 2. und 3. Pfingsttag:
Grosser Pfingsttanz im Bal champêtre.
An allen 3 Pfingstfeiertagen: Große Spezialitäten-Vorstellung im Seetheater. Familien-Kaffee-tischen, Dampfer- und Boot-Rundfahrten auf dem See, Volksbelustigungen jeder Art etc. 4189*

Restaurant Pferdebuert bei Köpenick,
In 15 vom Bahnhof Köpenick in 20 Minuten zu erreichen.
Anfang 6 Uhr. Am 1. Pfingstfeiertag: **Grosses Frühkonzert.** 6 Uhr.
Ausgeführt von der 36 Mann starken Kapelle des Musikdirektors Herrn Bendt aus Köpenick.
Abfahrt der Büge vom Schiffschen Bahnhof morgens 3,51, 4,25, 5,12, 5,34, 6,03. 40429*
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 5 Uhr ab zur geü. Benutzung.
Es ladet zum regen Besuch freundlich ein **Wilhelm Bräsewitz, Besitzer.**

Steglitz. Birkenwäldchen. Steglitz.
Inhaber **E. Felsch.**
Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement von Berlin und Um-gend. 20 000 Personen fassend. Von Berlin mit der Wannesebahn bequem für 10 Pf. zu erreichen. 41645*

1. und 2. Pfingst-Feiertag:
Grosses Früh-Konzert.
Anfang 6 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder frei.
Nachmittags 4 Uhr:
Grosses Militär-Konzert.
Beide Konzerte ausgeführt von dem Trompeter-Korps des I. Gardes-Infanterie-Regiments. Dirigent **L. Löser.**
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.

3. Pfingst-Feiertag:
Grosses Monstre-Feuerverk
ausgeführt von den Kunst-Feuerverkern Herren Zeldner und Jastrow, sowie **Militär-Konzert.**
(Ebdige Kapelle.)
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Kinder frei.
An allen 3 Festtagen ab 4 Uhr:
Im eleganten Saal **Ball.**
Grosse Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen. Weissbier-Pavillon.
Diesen Volksweide. — Zummelplätze etc.

Ernst Höflich
Konzert-Garten Ball-Salon
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120.
An allen drei Pfingstfeiertagen:
Großes Künstler-Konzert u. Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Am 2. und 3. Feiertag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. 41782*

Pfingsten:
Extra-Dampfer-Fahrten
nach **Schmöckwitz**
Restaurant Heddin-See.
Am 1. und 2. Feiertag um 9 und 2 Uhr, am 3. Feiertag um 2 Uhr.
Gin- und Rückfahrt 75 Pf. Von Pfingsten ab jeden Sonntag um 9 und 2 Uhr, Fahrpreis 75 Pf. Montag und Mittwoch um 2 Uhr.
Fahrpreis 50 Pf. Abfahrt vom neuen Dampferboot zwischen Jannowitz- und Walfen-Brücke. Das Boot liegt herrlich am Wasser und eignet sich für Vereine und Gesellschaften. Dampfer zum billigen Preise liefert 36750*

Restaurant „Neuer Krug“
an der Obersee zwischen Müggel- und Dameritzsee, Bahnstation Neu Bahndorf, in 10 Minuten zu erreichen.
empfehlen sehr Vokal für größere Vereine und Gesellschaften bis 3000 Personen. Telefon-Nr. 41781.
Hochachtungsvoll **Fritz Domning, Gastwirt.**

Eigene Confection. Elegante **Costümrocke**
enorm billig
in Tuch, Zibeline, Kamagaru und Cheviot.
6 Wr., 7 Wr., 10 Wr., 12 Wr., 15 Wr., Seidendamast 25 Wr., Alpaca 4,50 Wr., 6 Wr., bis 30 Wr., weiss Cheviot und Pique 3, 5, 7-15 Wr.
Jaketkleider
elegante Façons
Cheviot, Covercoat und Somersun 41910*
15 Wr., 20 Wr., 25 Wr.
Bolerokleider
Saccokleider
Blusenkleider
letzte Neuheit
12 Wr., 15 Wr., 18 Wr.
Seidenblusen
6,50 Wr., 8 Wr., 10 Wr., 15 Wr.
Blusenhemden
1,35 Wr., 1,75 Wr., 2,50 Wr.
Golfcapes 6 Wr., 8 Wr., 10 Wr.
Schwarze, glatte u. bestickte **Capes und Kragen**
8 Wr., 10 Wr., 12 Wr.
Jakets, Sackpaletots, moderne Façons
in vorzüglichem Sitz und ta-fel-loser Verarbeitung, glatt und mit besticktem Kragen 10 Wr., 12 Wr., 15 Wr.
Sielmann & Rosenberg
Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstrasse.
Backfisch-Saccos u. Jakets 10 Wr.

Dr. Simmel, Prinsenstr. 41.
Spezialarzt für **22,5***
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Personen-Dampfer
für **26706**
Vereine und Gesellschaften.
Karl Krause, Wienerstr. 37.

H. Mentès Volksgarten
Lichtenberg, Köderstr. 35/36, antich. Goldenzollern und Seccierasse.
25 000 Personen fassend. 8000 Sitzplätze.
An allen drei Pfingstfeiertagen:
Grosses Frei-Konzert.
Am 1., 2. und 3. Feiertag: **Feuerverk.** Am 2. und 3. Feiertag: **Im Diesjährigen Ball.**
Für 4500 Personen verdeckte Hallen und Zelte.
Kaffee-Küche. Drei verdeckte Kegelbahnen.
Volksbelustigungen aller Art.
Der Besitzer **H. Mentè** früher 21 Jahre Oekonom des böhmischen Branntweins. 26595*

„Marienlust“
In den Müggelbergen, direkt an der Talsperre gelegen, mit circa 150 Meter Wasserfront, nimmt es als Ausflugsort in der näheren Umgebung Berlins in landschaftlicher Begleitung einen hervorragenden, wenn nicht den ersten Platz ein.
Das Restaurant bietet einen wohlgepflegten, geräumigen Garten mit herrlichem Blick auf die verkehrreiche „wonderful Spree“, drei große Säle mit Pianino, vier Kegelbahnen, große Spielplätze, bestickte Dampfer-Kaleche, Stege für Kinder- und Ergelboote, sowie auch Ausspannung; Kuffler nach dem Müggelturm. — Regelmäßige „Stein“-Dampfer-Verbindung zwischen Berlin-Cöpenick-Grünau-Schmöckwitz. — Gediegene Küche. Aus-stand von Münchener und böhmischen Brauhaus-Bier. Kaffeeküche. Bei größeren Partien von Vereinen, Fahrten etc. Bitte um vor-herige Anmeldung. Hochachtungsvoll 40999*

Richard Streichhan, Amt Cöpenick: „Marienlust“.

Brodts Gesellschafts-Haus
Erkner am Dameritz-See
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fahrten zu angenehmem Aufenthalt. Im Monat **Mai, Juni, Juli und August** sind noch **Sonnabende und Sonntag** zu vergeben. 37392*

Segler-Schloss Hankels Ablage,
Bahnhofsstation Benthien.
Sonnabende und Sonntage im Juni und Juli für Vereine, Ge-sellschaften etc. noch zu vergeben.
39976 **Wilh. Heinrich, Besitzer.**

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
Am Bahnhof Hirschgarten. **W. Keller, Gastwirt.**
Umgeben von Vereinen und Gesellschaften seinen schönen Gartigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffeeküche, Unterhaltungs- und Spielplätze in jeder Tageszeit. Volksbelustigungen.
Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofsstrasse, Kaiser Wilhelmstrasse, Stubenrauchstrasse (neue Straße nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.